

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. (Post-Ztg.-Kat. No. 3373.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 28.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telephone: Amt III, 5346.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schköditz.
Redaktionschluss, Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Feilstelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verweise ansetzen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910. Rundschau. Soziale Monatschau. Die erste Pflicht des Staates, II. Der Kampf um das Altersrentengesetz in Frankreich. Adressen-Änderungen. — **Allgemeines:** Gauverreter-Konferenz. Die Unternehmer und die Frankfurter Gelben. Brief aus Hanau. Brief aus Würzburg. Ortsberichte: Nürnberg. — **Der Steindrucker:** Kollegen, werdet hart! Aus den Sektionen: Meißen. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Berlin (Berichtigung). — **Die Tapetenbranche:** Eine Tapetenausstellung in Hamburg. Aus den Sektionen: Altona-Ottensen, Berlin, Köln. — **Feuilleton:** Graphische Kunst auf der internationalen Reiseausstellung, I. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Mitteilung des Oesterreichischen Senefelder-Bund.

Zentrale: Wien VII, Zieglergasse 25.

Die Sperre über Nord- und Westböhmen bleibt aufrecht. Ab 15. Mai 1911 wird in ganz Nord- und Westböhmen an zu- oder durchreisende Mitglieder des Oesterreichischen Senefelder-Bundes, desgleichen an Mitglieder von Gegenseitigkeitsvereinen keine Reise- und Umzugsunterstützung mehr ausbezahlt. Reise- und Umzugsunterstützung in Nord- und Westböhmen wird nur an solche Mitglieder bezahlt, die abreisen, sei es an einen anderen Druckort Oesterreichs oder nach dem Ausland. Eine Aufnahme von Mitgliedern in den Oesterreichischen Senefelder-Bund findet außer freigewordenen Kollegen in Nord- und Westböhmen nicht statt.

Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind alle Mitglieder des Inlandes und der ausländischen Gegenseitigkeitsvereine, die vom Zentralausschuß die Zustimmung erhalten, in Nord- und Westböhmen Konditionen anzunehmen.

Die Funktionäre werden angewiesen, obige Bestimmungen streng einzuhalten. Sie bleiben so lange in Kraft, bis sie vom Zentralausschuß widerrufen werden.

Die Zentralausschüsse der Gegenseitigkeitsvereine und deren Fachblätter werden ersucht, diese für Nord- und Westböhmen notwendigen Maßnahmen ihren Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

Der Zentralausschuß.

Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910.

In der soeben erschienenen 4. Nummer der *Statistischen Beilage des Korrespondenzblattes* veröffentlicht die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Ergebnisse ihrer Statistik über die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910. Die Arbeit gewährt wieder wie die Statistiken der früheren Jahre ein anschauliches Bild von einem bestimmten Zweige gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die vorliegende Statistik ist die zehnte regelmäßige Jahresaufnahme über die Gewerkschaftskartelle, sodaß ein Vergleich der ersten Statistik mit den für 1910 ermittelten Ziffern in wirksamer Weise die kraftvolle Entwicklung der Kartelle während des letzten Jahrzehnts veranschaulicht. Die Zahl der Kartelle vermehrte sich danach um 321, die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften stieg um 4888 und die der Mitglieder von 418718 auf 1892752, also um 1474034. Auch die Tätigkeit der Kartelle nahm von Jahr zu Jahr größeren Umfang an. Der Statistiker bemerkt dazu zutreffend: »Auf dem Gebiete der Agitation und der Bildungsbestrebungen sowohl wie in bezug auf die Erfüllung der

sozialpolitischen Aufgaben ist eine immense, fruchtbare Arbeit geleistet worden. So haben sich die Kartelle durch ihre eifrige Pionierarbeit eine ehrenhafte Stellung innerhalb der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung errungen und damit nach besten Kräften zu deren machtvollstem Aufstieg beigetragen.

Ende 1909 betrug die Zahl der Kartelle 654; sie stieg im Laufe des Berichtsjahres um 30 auf 684. Von diesen beteiligten sich 656 oder 95,91 Proz. (1909 waren es 94,65 Proz.) an der Berichterstattung. Den berichtenden 656 Kartellen waren 8583 (1909: 8548) Gewerkschaften mit 1892752 (1909: 1619666) Mitgliedern angeschlossen. Es hat sich also nicht nur eine erfreuliche Vermehrung der Zahl der Kartelle und der ihnen angeschlossenen Gewerkschaften, sondern auch eine beträchtliche Steigerung der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die von den Kartellen umfaßt werden, bemerkbar gemacht. Von den den Kartellen angeschlossenen Organisationen waren 8852 mit 1884774 Mitgliedern Zweigvereine der an die Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände. Die Zahl dieser Zweigvereine hat sich gegen 1909 um 32 und die Zahl ihrer Mitglieder um 272325 vermehrt. 27 Zweigvereine des Verbandes süddeutscher Eisenbahnarbeiter mit 7637 Mitgliedern, 3 Zweigvereine der technischen Bühnenarbeiter mit 297 Mitgliedern und 1 Zweigverein des Verbandes der Kunstgewerbezeichner mit 44 Mitgliedern gehören den in Frage kommenden Kartellen, aber nicht der Generalkommission an. Auf der anderen Seite sind aber auch 309 Zweigvereine der Zentralverbände den Kartellen noch nicht angeschlossen; ihre Zahl ging jedoch gegen 1909, in welchem sie 339 betrug, weiter erfreulich zurück. Der Statistiker hebt hervor, das Zahlenverhältnis der Kartellstatistik lasse bereits den sicheren Schluß zu, daß die Zentralverbände am Schluß des Jahres 1910 einen Mitgliederbestand von zwei Millionen bereits erreicht haben.

Den Kartellen liegt als Hauptaufgabe die Betreibung der Agitation in ihrem Wirkungskreise ob. Zu diesem Zwecke veranstalteten sie im Berichtsjahre 2500 allgemeine und 1248 berufliche, im Ganzen also 3748 Versammlungen, gegen 4063 im Jahre 1909, was einen Rückgang um 315 Versammlungen bedeutet. Wahrscheinlich ist dieser Rückgang hauptsächlich auf den Ausbau des Gauleitersystems der Zentralverbände zurückzuführen, das die Kartelle in bezug auf die Veranstaltung von Versammlungen wesentlich entlastet. Erfreulich ist die Steigerung der Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen von 48 auf 80, während die Zahl der Arbeiterinnen-Agitationskommissionen von 29 auf 25 zurückgegangen ist. Um der Saalabtreiberei, durch die man in vielen Orten die Gewerkschaftsarbeit zu schädigen sucht, entgegenzuarbeiten unterhielten 1910 57 Kartelle eigene Versammlungsräume, gegen 48 im Jahre 1909.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Kartelle ist die Pflege der Bildungsbestrebungen. Die Zahl der Kartelle, die Zentralbibliotheken unterhielten, stieg im Berichtsjahre von 464 auf 496;

die Zahl der Lesezimmer unterhaltenden Kartelle erhöhte sich von 54 auf 71. Bildungsausschüsse bestehen in 292 Orten, gegen 272 im Jahre 1909. Jugendausschüsse waren 1910 293 (1909: 284) eingesetzt. Von zahlreichen Kartellen werden die beiden letztgenannten Einrichtungen gemeinsam mit den Partei-Wahlvereinen unterhalten. 47 Kartelle besitzen ferner Referentennachweise.

Von andern Aufgaben der Kartelle sei zunächst die Vornahme statistischer Erhebungen hervorgehoben, von denen im Berichtsjahr durch 128 Kartelle 133 veranstaltet wurden. In 9 Fällen erstreckten sie sich auf die Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, in 42 Fällen auf den Grad der Arbeitslosigkeit und in 82 Fällen dienten sie verschiedenen Zwecken. 1909 fanden 171 statistische Erhebungen statt; der Rückgang im Jahre 1910 ist auf die Verminderung der Zahl der Arbeitslosenzählungen, einer Folge des Abflauens der Krise, zurückzuführen. Auch der Ueberwachung der Arbeiterschutzgesetzgebung widmeten die Kartelle die größte Aufmerksamkeit. Im Jahre 1910 bestanden in 139 (1909: 134) Orten Beschwerdekommmissionen für Gewerbeinspektionssachen, in 48 (1909: 46) Orten Kommissionen zur Bekämpfung des Kost- und Logiswesens beim Unternehmer und in 228 (1909: 221) Orten Bauarbeiterschutzkommissionen. Die Zahl der Orte mit Gewerkschaftshäusern sank von 63 auf 53. Außerdem unterhalten 28 Kartelle Herbergen in eigener Regie, die meist in Verbindung mit den Gewerkschaftshäusern stehen; die Zahl ist im Jahre 1910 gegen 1909 unverändert geblieben. Die Zahl der privaten Herbergen, über die sich die Kartelle durch Abmachungen mit den Herbergswirten ein gewisses Ueberwachungsrecht sicherten, stieg von 303 auf 307. Zentralarbeitsnachweise wurden von 3 Kartellen eingerichtet. Endlich unterhalten die Kartelle in 96 (1909: 95) Orten Arbeitersekretariate, während von 203 (1909: 172) Kartellen Rechtsauskunftsstellen eingerichtet sind. Von 89 Kartellen werden insgesamt 152 Beamte beschäftigt — gegen 88 Kartelle mit 146 Beamten 1909 —, und zwar hauptsächlich in den Sekretariaten. Die Tätigkeit der letzteren und der Rechtsauskunftsstellen wird durch eine besondere Statistik der Generalkommission veranschaulicht, die nach ihrem Erscheinen in unserm Blatt ebenfalls gewürdigt werden soll.

Die Einnahmen der Kartelle bestehen hauptsächlich aus festen Beiträgen, die bei 70 Kartellen bis zu 20 Pf., bei 218 von 21 bis 40 Pf., bei 252 von 41 bis 100 Pf., bei 98 von 101 bis 200 Pf. jährlich für jedes Gewerkschaftsmitglied betragen; bei 9 Kartellen geht die Beitragsleistung über 2 Mk. hinaus. Die Durchschnittsbeitragsleistung stieg von 63,4 Pf. im Jahre 1909 auf 63,7 Pf. im Jahre 1910. Die Einnahmen der 648 Kartelle, die Angaben über die Einnahmen und Ausgaben gemacht haben, betragen 1787365 Mk., die Ausgaben 701602 Mk., gegen 1732696 Mk. Einnahmen und 1709855 Mk. Ausgaben im Jahre 1909. Die Kassenbestände der 648 Kartelle betragen Ende

1909 505 937 Mk., Ende 1910 591 700 Mk.; sie stiegen mithin um 85 763 Mk. Die Einnahmen setzten sich zusammen aus 733 614 Mk. an Beiträgen, 660 217 Mk. an Streiksammlungen und 393 534 Mk. an sonstigen Einnahmen aus Ueberschüssen von Veranstaltungen und Unternehmungen, Sammlungen, Schriftenvertrieb usw. Die Ausgaben verteilten sich auf folgende Posten: Agitation 104 205 Mk., Arbeitervertreter wählen 34 967 Mk., statistische Erhebungen 442 1/2 Mk., Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle 98 950 Mk., Herbergen und Arbeitsnachweise 26 534 Mk., Sekretariate und Auskunftsstellen 222 519 Mk., Bibliotheken und Lesezimmer 74 708 Mk., Streiks 669 607 Mk., sachliche und persönliche Verwaltungskosten 181 737 Mk., sonstige Ausgaben 283 948 Mk.

Nach den Angaben der Kartelle der freien Gewerkschaften über ähnliche Einrichtungen der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen, die die Veröffentlichung statistischer Übersichten über Zahl, Umfang und Tätigkeit ihrer Kartelle bisher geflissentlich unterlassen haben, bestanden 1910 in 171 Orten Ortsverbände der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und in 158 Orten Kartelle der christlichen Gewerkschaften, gegen 171 resp. 129 im Jahre 1909; die Zahl der Hirsch-Dunckerschen Kartelle ist also unverändert geblieben, während die der christlichen um 29 gestiegen ist. Den ersteren gehörten 601 (1909: 755), den letzteren 716 (1909: 669) Ortsvereine an. In 28 Orten bestanden Hirsch-Dunckersche Arbeitersekretariate oder Rechtsauskunftsstellen, in 120 Orten christliche Sekretariate oder Volksbüros, gegen 26 resp. 121 im Jahre 1909. Die Hirsch-Dunckerschen und christlichen Einrichtungen halten also mit den Kartellen der freien Gewerkschaften und allem, was sie geschaffen und geleistet haben, gar keinen Vergleich aus. Daraus erklärt es sich, daß sich jene Gewerkschaftsgebilde scheuen, eigene Angaben über ihre Einrichtungen zu veröffentlichen; ihre Bedeutungs- und Tatenlosigkeit würde dadurch all zu augenfällig in Erscheinung treten.

Die Kartelle der freien Gewerkschaften haben, wie der Statistiker der Generalkommission zu treffend hervorhebt, keine Ursache, das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Die ziffernmäßigen Übersichten über deren Zahl und Umfang legen Jahr für Jahr ein beredetes Zeugnis ab von der Werbekraft und der stetig wachsenden Macht der modernen Arbeiterbewegung!

Rundschau.

„Die Graphischen Stimmen“ des christlichen graphischen Miniaturverbandes schäumen wieder einmal über vor ohnmächtiger Wut gegen unsere Organisation und ihr Organ, die „Graph. Presse“. Weil infolge des gesunden, die deutsche Kollegenschaft belebenden Geistes die gewerkschaftszersplitternde und den Unternehmern Vordienste leistende Tätigkeit dieser christlichen Auchgewerkschaftler erfolglos bleibt, sucht man wieder einmal den alten Ladenaufhänger von der sozialdemokratischen Gewerkschaft, die unser Verband sein soll, hervor, um die Kollegenschaft vor ihm granich zu machen. Dabei lutschen sich die frommen-Schmierfinken des christlichen Moniteurs folgenden niedlichen Schwindeln aus den unsauberen Fingern: „Der Senefelderbündler“ erhält so gut wie in jedem anderen sozialdemokratischen Verbands bei einer Wahl vom Bunde aus, also von der Gewerkschaft den sozialdemokratischen Stimmzettel und nebenbei die Kontrollkarte, daß man sicher ist, daß er gewählt hat. Solche Fieberphantasien eines kranken Hirns sind höchstens daraus zu erklären, daß man auf jener Seite allgemein das Abhängigkeitsverhältnis der christlichen Gewerkschaften von der Zentrums-Partei auch bei den freien Gewerkschaften gegenüber der Sozialdemokratie vermutet. Man schließt von sich auf andere. Von der Abhängigkeit der Gewerkschaftschristen vom Zentrum erhält man wieder einen Begriff durch eine ganz geheime Konferenz, die nach einem Berichte der „Münchener Post“ Ende März in München getagt hat. Sie war von christlichen Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretären besetzt und hatte über Arbeiterkandidaturen für die Parlamente, Wahlparole der christlichen Arbeiter und Gründung einer eignen Tagespresse zu beraten. Stegerwald hielt es für verfehlt, jetzt schon eine eigne Wahlparole aufzustellen, denn die Geistlichen, besonders die auf dem Lande, würden es schon verstehen, die Arbeiter wieder an sich zu ziehen und zur Stimmabgabe für das Zentrum zu bestimmen. Würde

man bei der nächsten Wahl etwas gegen das Zentrum unternehmen, so würde dadurch den christlichen Gewerkschaften der Boden abgegraben werden. In der Debatte wurde zur Gründung einer eignen christlichen Tagespresse gesagt, die Sache stehe leider so, daß die christlichen Arbeiter sich mehr dafür interessieren, wenn ein Kahl mit sechs Füßen auf die Welt komme, als für die christliche Politik, die Sozialreform und ähnliche Dinge. Zudem würden, wenn eine solche Gründung zustande käme, die bürgerlichen Zentrumsblätter sofort über die christlichen Gewerkschaften herfallen und sie abraufen. Wichtiger sei deshalb, daß man sich Einfluß verschaffe in der Partei, bei den Geistlichen auf dem Lande und in der Presse. Man könne heilfrohen sein, wenn man die bürgerlichen Zentrumsblätter einen Arbeiterabgeordneten bringe. Deshalb müsse man die Parteileitung höflich bitten, den Arbeitern wenigstens eine sichere Kandidatur einzuräumen. — Das sind recht vielsagende Bekenntnisse, die das Stimmverhältnis der Gewerkschaftschristen in der Zentrums-Partei, die die Arbeiterinteressen fortgesetzt verrät, in bengalischer Beleuchtung zeigen. Und diese Leute suchen die angeblich sozialdemokratischen Gewerkschaften mit Stinkbomben zu bewerkeln! Das Bemühen ist ergebnislos. Die duftenden Geschosse erreichen die freien Verbände nicht, sondern sie fallen auf die christlichen Gewerkschaften selbst zurück. — Auf die mannigfachen anderen Faszelen des giftgeschwollenen Artikels der „Graph. Stimmen“ einzugehen erübrigt sich, da sie von demselben Kaliber wie die tiefergehängte faustdicke Lüge sind. Nur folgende Stillsätze aus dem aus lauter Stillsätzen bestehenden Artikel sei zur Belustigung der Kollegen zum Schluß noch wiedergegeben: „Darum auf du deutsche Arbeiterschaft im Denken und Handeln. Befreie Dich von dem Druck der eine Schmach ist für ein Volk wie das deutsche in seiner kulturellen Errungenschaft! Höher geh! wirklich nimmer!“

Aus den Handelskammerberichten 1910: Leipzig: Im Kupferdruck machte sich während der letzten Monate ein Mangel an Aufträgen fühlbar. Im Steindruckgewerbe lag das Geschäft, was die Ausfuhr angeht, nach wie vor sehr darnieder. Der Absatz nach dem Auslande, auf den das Gewerbe zum größten Teil seiner Gesamtfabrikation angewiesen ist, ging unter der Einwirkung der ungünstigen Handelsverträge stetig zurück. Bezüglich der Abziehbilder ist zwar Nordamerika trotz des hohen Eingangszolles noch auf die Einfuhr angewiesen, da die dortigen Druckereien zurzeit den Bedarf noch nicht decken können, doch mußten PreiskonzeSSIONEN gemacht werden. Das Inlandsgeschäft wurde durch die im Berichtsjahre zutage tretenden Wirkungen der neuen Steuern ungünstig beeinflusst. Die Tabaksteuer hat den Spezialisten in Zigarrenkisten-Ausstattungen großen Schaden gebracht; auch das Steigen der Preise der Rohmaterialien, insbesondere der Fette und Öle, war für die Branche schädigend. Im Notendruckgewerbe war der Geschäftsgang schleppend und litt sehr unter der Unlust der Verleger, neue Werke herauszugeben. Im Notendruck dagegen ließen die Aufträge lebhaft ein, der durchschnittliche Beschäftigungsgrad kann als gut mittelmäßig bezeichnet werden. Arbeitsstörungen sind in beiden Gewerben nicht vorgekommen. Der Geschäftsgang der chromolithographischen Kunstanstalten, Luxuspapierfabriken und chemigraphischen Anstalten wird als wenig erfreulich geschildert. Der Export nach jenen Ländern, mit denen in den letzten Jahren neue Handelsverträge abgeschlossen wurden, bewegte sich wegen ungünstiger Zollverhältnisse in absteigender Linie. Besonders schwer wurde die Ausfuhr nach Amerika, namentlich was Postkarten anbelangt. Die Fabrikation von Patentbriefen ist weiter zurückgegangen; der Artikel hat an Interesse erheblich verloren. Die geographischen Anstalten blickten auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurück. Aufträge aus dem Auslande waren reichlich vorhanden, doch wirkten auch in dieser Branche die hohen Zollsätze schädigend. Die Materialpreise haben sich kaum erhöht. Bei den Löhnen ist eine Steigerung zu verzeichnen, die sich aber, soweit bekannt, in normaler Weise vollzog.

Georg Meisenbach sen., der Erfinder der Autotypie, feiert am 27. Mai auf seinem Landsitz Emmering bei Bruck im Kreise seiner Familie und einiger intimer Freunde seinen 70. Geburtstag. Er hat sich durch seine epochemachende Erfindung einen Ehrenplatz unter den Größten seiner Zeit gesichert. Was Senefelder für die Lithographie, das bedeutet Meisenbach für die Chemigraphie. Die Arbeiterschaft ehrt in ihm aber auch einen mitfühlenden edlen Charakter, einen Pionier des Achtstundentages, den er schon zu einer Zeit einführte, als die Verwirklichung der achtstündigen Arbeitszeit in anderen Berufen noch in weiter Ferne lag. Sie zollt dem seltenen Manne an seinem Ehrentage von Herzen die Anerkennung, die er sich reichlich verdiente. Möge er den Rest seines schaffensreichen Lebens glücklich und gesund vollbringen.

Eine Fachabteilung für Lithographie und Steindruck ist der städtischen Fortbildungsschule in Leipzig angegliedert worden, in der theoretischer und praktischer Unterricht von fachlicher Seite erteilt wird. Diese Fachabteilung der Fortbildungsschule ist als Vorschule zur Königlichen Graphischen Kunstakademie gedacht. Der Unterricht findet am Tage statt.

Eine Wanderausstellung hat die Leipziger Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe aus Arbeiten ihrer Schüler zusammengestellt. Sie wurde in Stuttgart als erster Ausstellungsstadt eröffnet. Die Vielseitigkeit und Gediegenheit der Leipziger Akademie kommt in dieser Ausstellung, welche die große König-Karl-Halle im Landesgewerbemuseum einnimmt, sehr gut zum Ausdruck. Wir finden viele Proben von Aktzeichnungen, Entwürfen von Schrift und Zierformen, Lithographie und Farbendruck, Holzschnitt und Druck, Aetzen, Radierungen und Druck, photographischen Reproduktionsverfahren, Stempelschnitt und Prägedruck, Satz und Druck namentlich vieler Urkunden und eine große Zahl von Bucheinbänden in künstlerischer Ausführung.

Ein neuer Handelsvertrag wurde Anfang Mai zwischen Deutschland und Schweden abgeschlossen. Er enthält wie bisher die Meistbegünstigungsklausel und tritt am 1. Dezember 1911 mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1917 in Kraft. Natürlich blieb auch in diesem Falle unser Gewerbe von einer Verschlechterung nicht verschont; es wurde abermals mit einer 50prozentigen Zollerhöhung bedacht, indem der Zollsatz für ein Kilogramm unserer Erzeugnisse von 50 auf 75 Oere erhöht wurde. Diese Erhöhung erfolgte, obwohl von den deutschen Unterhändlern ausdrücklich zugegeben worden ist, daß grade unser Gewerbe schutzbedürftig sei und daß man es bei allen Handelsvertragsabschlüssen der letzten Jahre sehr stiefmütterlich behandelt habe. Der Gehilfenschaft droht also eine weitere Verschlechterung der Arbeitsgelegenheit.

Geschäftsergebnisse. Die Lithographisch-artistische Anstalt in München war nach dem Berichte des Vorstandes im abgelaufenen Geschäftsjahre normal und ausreichend beschäftigt; infolge der Betriebserweiterung, welche in den ersten Sommermonaten voll in Tätigkeit war, konnten auch Rückstände aus älteren Lieferungsverpflichtungen nachgeholt und gutgemacht werden. Die Roheinnahme einschließlich 25 098 Mk. (i. V. 22 863 Mk.) Vortrag stellt sich auf 154 569 Mk. (136 9028 Mk.) aus 190 162 Mk. (i. V. 157 521 Mk.) sollen wie im Vorjahre 7 Proz. Dividende verteilt, der Spezialreserve 30 000 Mk. (15 000 Mk.) zugewiesen und zu Tantiemen 23 748 Mk. (17 308 Mk.) verwendet werden. — Die Firma F. Bruckmann Akt.-Ges. in Nürnberg, Augsburg und Berlin erzielte im Jahre 1910 einen Reingewinn von 517 520 Mk. gegen 567 069 Mk. im Jahre 1909. Aus diesem Reingewinn wird sie wie im Vorjahre 20 Proz. Dividende an die Aktionäre verteilen!

Die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1910. Die Gründungstätigkeit war in Deutschland im abgelaufenen Jahre etwas stärker als im Jahre vorher. Nach den Bekanntmachungen des Reichsanzeigers wurden 1910 186 Gesellschaften mit einem Nennkapital von 241,3 Millionen Mark gegründet, gegenüber 179 Gesellschaften mit 230,8 Millionen Mark Kapital im Jahre 1909. 68 Gesellschaften mit 101,8 Millionen Mark wurden im letzten Jahre unter Einbringung bestehender Unternehmungen gegründet, wobei für die Sacheinlagen eine Entschädigung von 93,4 Millionen Mark in Aktien gewährt wurde. Weitere 340 Gesellschaften erhöhten ihr Aktienkapital um 599,4 Mill. Mk., während in 100 Gesellschaften Kapitalsherabsetzungen in Höhe von 64,0 Mill. Mk. vorgenommen wurden. Davon entfielen 1,8 Mill. Mk. auf den Rückkauf von Aktien (12 Gesellschaften); die restlichen 62,2 Mill. Mk. fielen durch Sanierungen aus, stellen also Kapitalverluste der Unternehmer dar. Wegen Fusion mit anderen Gesellschaften wurden 25 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 133 Mill. Mk. gelöst. 64 Gesellschaften mit einem Kapital von 49,6 Mill. Mark traten in Liquidation, 14 Gesellschaften mit 21,6 Mill. Mk. Kapital gerieten in Konkurs. Im ganzen bestanden am 31. Dezember 1910 5295 tätige Gesellschaften mit 15 466,3 Mill. Mk., 295 Gesellschaften in Liquidation mit 335,6 Mill. Mark und 71 Gesellschaften in Konkurs mit 64,2 Mill. Mark Aktienkapital.

Die Nachteile der Fabrikwohnungen zeigen sich gegenwärtig wieder beim Streik auf der Schichauwerft in Danzig. Die Firma hatte den ausständigen Arbeitern die Wohnungen in den von ihr erbauten Arbeiterwohnhäusern, sogenannte Schichau-Kolonien, zum 1. Mai gekündigt. Das war bei früheren kleineren Bewegungen einzelner Branchen auch schon geschehen. In zwei solchen Fällen hatten die Arbeiter die Kündigung unbeachtet gelassen, ihre Miete weiter gezahlt und sind wohnen geblieben. So zu handeln hatten die Arbeiter auch bei dem jetzigen allgemeinen Streike beschlossen. In Frage kommen dabei rund 200 Familien. Als aber die Arbeiter diesmal die Miete für Monat Mai bezahlen wollten, lehnte die Firma die Annahme des Geldes ab. Inzwischen hat die Firma die Exmissionsklage gegen diejenigen ihrer streikenden Arbeiter eingereicht, die die Werkwohnungen trotz erfolgter Kündigung nicht geräumt haben. Von der Klage werden etwa 150 Arbeiter betroffen. Die übrigen der 200 Wohnungen werden von Meistern usw. bewohnt. Die ersten Termine fanden bereits am 12. Mai statt. Die ganze Sache ist für den modernen Kapitalismus überaus charakteristisch. Der 85fache Millionär läßt seine Wohnungen leer stehen, er kann auf das Einkommen aus den Mietserträgen verzichten. Er hat nach Gesetz und Recht auch keine Veranlassung, danach zu fragen, wo die

Familien mit ihren Sachen bleiben. So wird den Danziger Arbeitern der Nutzen der Wohlthatenrichtungen so klar wie nur möglich vor Augen geführt. Dadurch wird aber auch erreicht, was das Unternehmensstets verhindern will: Klarheit über die heutigen Sitten- und Rechtszustände, Klarheit auch über die Brutalität der Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiter. Und das alles bei einem Kampfe um so geringfügige Forderungen, die ohne geringste Schädigung für den Betrieb durchzuführen wären.

Aus dem Auslande.

Norwegen. Vom 13. bis 15. April tagte in Kristiania die II. Generalversammlung des Norwegischen Lithographenverbandes. Vertreten waren die Mitgliedschaften Bergen, Drammen, Kristiania, Slavanger und Trondhjem, sowie der Hauptvorstand und der Redakteur der „Litografien“. In der Eröffnungsrede hob der Hauptvorsitzende H. Larsen hervor, wie es vorwärts gegangen ist seit der vorigen Generalversammlung; die Mitgliederzahl ist von 170 auf 250 und das Vermögen von 5000 auf 25000 Kr. gestiegen. Der Vorschlag von Stavanger, die Filialvorsitzenden zu honorieren, wurde angenommen. Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung war die Frage der Aufnahme von Hilfsarbeitern in den Verband. Es entspann sich eine lebhaft diskussion und die Meinungen waren sehr geteilt. Schließlich wurde mit 8 gegen 6 Stimmen beschlossen, es den Zahlstellen zu überlassen, Hilfsarbeiter aufzunehmen, wenn sie es für vorteilhaft halten. Der Antrag auf Anstellung eines festbesoldeten Geschäftsführers wurde einstimmig angenommen. Gewählt wurde einstimmig der Kollege Kopp, ein Deutscher. Bei der Besprechung und Abstimmung hatte Kopp den Saal verlassen. Allseitig wurde ihm sodann in bewegten Worten herzlicher Dank gezollt für die große Arbeit, die er in all den Jahren für den Verband getan hat, und betont, daß ihn seine Tüchtigkeit und seine persönlichen Eigenschaften für diese Stellung absolut geeignet machen. An Gehalt wurden ihm 2000 Kr. und 100 Kr. Wechselgeld jährlich bewilligt. Als Redakteur wurde Kollege Kjeldas einstimmig wiedergewählt; er erhält eine Entschädigung von 100 Kr. pro Jahr.

Generalversammlungen und Kongresse.

Schiffszimmerer. Der Zentralverband der Schiffszimmerer hielt seine 12. Generalversammlung vom 7. bis 11. Mai im Gewerkschaftshaus zu Berlin ab. Ein Teil der Versammlungszeit wurde von der Verschmelzungsfrage in Anspruch genommen. Die Zahlstellen Hamburg und Vegesack hatten den Anschluß an den Metallarbeiterverband angeregt, während andere Stimmen auf dem Verbandstage für den Holzarbeiterverband eintraten, da doch die meisten Schiffszimmerer im Holzschiffsbau beschäftigt seien. Gegen eine Verschmelzung überhaupt wandten sich besonders die Vertreter der kleineren Binnenorte. Beschlussen wurde, daß die Zahlstellen sich bis zum nächsten Verbandstage mit dieser Frage befassen und der Verbandsvorstand mit den in Frage kommenden Verbänden über die Anschlußbedingungen verhandeln soll. Das von der letzten Generalversammlung aufgehobene Bezirksleitersystem soll wieder eingeführt werden. Der Beitrag wurde, ohne Erhöhung der Unterstützungen, von 50 auf 60 Pf. erhöht, wovon 10 Pf. den Lokalkassen verbleiben. Um die Lehrlinge für die Organisation heranzuziehen, wurde für diese eine Beitragklasse mit 15 Pf. wöchentlich geschaffen. Die Unterstützungsberechtigung dieser Mitglieder tritt jedoch erst ein, wenn die Summe des Gesamtbeitrages 52 Vollbeiträge gleichkommt. Das Streikreglement wurde dahin abgeändert, daß Streikunterstützung im allgemeinen erst vom vierten Tage an, bei Solidaritätsstreiks, Maßregelungen und Aussperungen jedoch vom ersten Tage ab gezahlt wird. Ein weiterer Beschluß besagt, daß für verloren gegangene Beitragsmarken die Zahlstellen aufkommen müssen. In der Besetzung des Verbandsvorstandes trat eine Aenderung ein, indem der bisherige Vorsitzende Müller wegen hohen Alters zurücktrat; ihm wurde ein Ruhegehalt bewilligt. An Stelle Müllers wurde C. Schmidt-Rathenow gewählt.

Maler. Der Zentralverband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tücher und Weißbinder Deutschlands hielt seine 13. Generalversammlung vom 8. bis 13. Mai in München ab. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß die Tarifbewegung im Jahre 1910 zum Abschluß eines Zentraltarifs führte, durch den die Lohn- und Arbeitsbedingungen von rund 58000 Personen tariflich geregelt wurden. Die Mitgliederzahl stieg in der Berichtsperiode von 36319 Anfang 1909 auf 41882 Ende 1910. Die Einnahmen in den beiden Jahren belaufen sich auf 1986806,82 Mark, die Ausgaben auf 1532149,78 Mk. Das Gesamtvermögen betrug Ende 1910 1329431,75 Mk. In der Diskussion über den Vorstandsbericht wurde hauptsächlich von fast allen Rednern die Gründung einer Sonderorganisation durch eine Anzahl Hamburger Mitglieder, die mit dem Tarifabschluß nicht einverstanden waren, scharf gegeißelt; durch die Vermittlung der Hamburger Parteiorganisation wurde der Wiederanschluß des Sonderverbandes an den Zentralverband herbeigeführt. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, für die der Vorstand eine Vorlage ausgearbeitet hatte, an der eine von der Generalversammlung eingesetzte Kommission verschiedene Aenderungen vornahm, wurde schließlich mit 51 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Zur Stärkung des Kampffonds wurde eine Erhöhung des Beitrags

um 10 Pf. beschlossen. Ferner beschäftigte sich die Generalversammlung mit den gesundheitlichen Gefahren im Malergewerbe, wobei sie ein gesetzliches Verbot der Verwendung aller bleihaltigen Farben verlangte, mit den internationalen Beziehungen und mit dem Gewerkschaftskongreß in Dresden, bei dem die Schaffung eines allgemeinen Aussperungsfonds beantragt werden soll. Dem Hauptvorstand wurde ferner ein aus dem Vorsitzenden des Ausschusses und den Bezirksleitern bestehender Beirat zur Seite gestellt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Internationale Malerkonferenz. Eine internationale Konferenz der Maler- und Anstreichergehilfen tagte am 7. Mai, gelegentlich der Generalversammlung des Malerverbandes, in München. Die Konferenz erkannte das Bedürfnis nach Schaffung einer internationalen Verbindung an und erklärte sich eventuell mit der Errichtung eines Sekretariats einverstanden. Bindende Beschlüsse sollen jedoch erst auf dem Internationalen Kongreß gefaßt werden, mit dessen Einberufung der Vorsitzende des Deutschen Malerverbandes betraut wurde; stattfinden soll dieser Kongreß im September dieses Jahres, und zwar in der Schweiz. Erwähnenswert ist, daß der Konferenz, obwohl sie nur provisorischen Charakter trug, bereits ein formulierter Antrag auf Schaffung eines internationalen Unterstützungsfonds vorlag.

Dänemark. Vom 25. bis 28. April tagte in Kopenhagen die Generalversammlung des Gesamtverbandes der dänischen Gewerkschaften. Ende 1908 waren ihm 51 Zentralverbände und 10 Einzelvereine mit zusammen 96651 Mitgliedern angeschlossen, Ende 1910 war die Zahl der Zentralverbände 54, die der Einzelvereine 7 und die der Mitglieder 101563. Das Vermögen der angeschlossenen Gewerkschaften ist im letzten Jahre von 2136254 Kr. auf 3222560 Kr. angewachsen, wozu noch 913144 Kronen in Wertpapieren kommen. Die staatsanerkannten Arbeitslosenkassen, die jetzt rund 78000 Mitglieder zählen, haben im ganzen, den Staatszuschuß mitgerechnet, 2854767 Kr. an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Beschlussen wurde, eine Verbesserung des Herbergswesens an den verschiedenen Orten Dänemarks anzustreben. Ferner soll eine gesetzliche Einschränkung der Heimarbeit gefordert werden. In bezug auf die Vorbeugung und Verhinderung von Kriegen erklärte der Kongreß, daß dazu alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden sind. Welche Mittel angewendet werden sollen, und die Form für ihre Anwendung muß in den jeweiligen Fällen nach Beratung mit den Organisationen in den verschiedenen Ländern entschieden werden. — Zur Errichtung eines Gewerkschaftshauses soll durch Extrabeiträge ein Grundfonds von 100000 Kr. aufgebracht werden. Zur Förderung des Genossenschaftswesens lag dem Kongreß ein Vorschlag vor, wonach eine große Konsum- und Produktionsvereinigung für Kopenhagen und Umgegend gegründet werden soll, jedoch unter der Voraussetzung, daß zunächst ein Kapital von 500000 Kronen durch Einzahlung von Aktien à 10 Kronen aufgebracht wird. Die Generalversammlung erklärte ihr Einverständnis mit diesem Vorschlag unter der Bedingung, daß er auch die Zustimmung des sozialdemokratischen Parteitagbes erhalten wird. Im übrigen wählte die Generalversammlung einen Ausschuß, der bei vorkommenden Grenzstreitigkeiten zwischen den Gewerkschaften vermitteln und wenn nötig als Schiedsgericht tätig sein soll.

Soziale Monatsschau.

Berlin, den 20. Mai 1911.

Protestaktionen gegen die Reichsversicherungsordnung. Durchpeitschung der Vorlage. Die Entziehung der Versichertenkarte. Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform. Begrüßungsabend; Beruferschutz der jugendlichen Arbeiter; Fortbildungsschulwesen.

Ueber den VI. Allgemeinen Krankenkassenkongreß, von dessen Einberufung wir die Kollegen durch die vorige „Soziale Monatsschau“ in Nr. 17 der „Graph. Presse“ unterrichtet, und über die mit dem Kongreß verbundenen Tagungen der Freien Hilfskassen, der Kassenangestellten usw. haben wir bereits durch den Leitartikel „Oegen die Reichsversicherungsordnung“ in Nr. 19 der „Gr. Pr.“ berichtet. In der heutigen Monatsschau ist also nur die Registrierung dieser Protestaktionen gegen die Vorlage notwendig, während wir in bezug auf den Verlauf und das Ergebnis der Tagungen auf den erwähnten Leitartikel verweisen können.

Die Proteste der Versicherten und der Kassenangestellten gegen die Vernichtung der Selbstverwaltung und die behördliche Bevormundung der Krankenkassen haben in den bürgerlichen Parteien taube Ohren gefunden. Die Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung in der zweiten Lesung des Reichstages, von deren Beginn die Kollegen durch die „Politische Monatsschau“ in Nr. 19 der „Gr. Pr.“ unterrichtet worden sind, wurde lustig und rücksichtslos fortgesetzt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten konnten mit Engagements predigen und ihre Verbesserungsanträge mit schwerwiegendem Tatsachenmaterial und mit den schlagendsten Argumenten begründen — es nutzte alles nichts! Die Vertreter des Schnapsblocks gaben sich gar nicht erst die Mühe, der sozialdemokratischen Beweisführung entgegenzutreten. Sie gaben jede sachliche Widerlegung von vornherein als unmöglich

auf und lehnten nur, gestützt auf ihre brutale Mehrheitsgewalt alle sozialdemokratischen Verbesserungsanträge immer wieder kurzerhand ab. Auf diese Weise haben sie bis heute fast die ganze Vorlage skrupellos durchzupfeitschen versucht. Wie die Gewalthaber im Reichstage arbeiten, zeigen die in der sozialdemokratischen Parteipresse veröffentlichten Listen der Anträge, die die sozialdemokratische Fraktion einbrachte und die mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt worden sind. In unserem Wochenblatt fehlt es uns leider an Raum, dieses ungeheure, die bürgerlichen Parteien schwer belastende Material ausführlich zu behandeln. Wir müssen uns darauf beschränken, die Kollegen auf diese Tatsachenzusammenstellungen der sozialdemokratischen Tagespresse selbst zu verweisen. Sie werden daraus ersehen, daß die selbstverständlichsten und von sozialen Gesichtspunkten aus notwendigsten Anträge rücksichtslos niedergestimmt worden sind.

Auf das Gesamtergebnis dieser Art „Beratungsgedenken wir aber am Schluß der zweiten Lesung noch zu sprechen zu kommen. Heute wollen wir nur hervorheben, daß eine rationelle Mutterschaftsversicherung an der sozialen Verständnislosigkeit der Parteien der Ritter und der Heiligen, die das Christentum angeblich in Erbpacht genommen haben wollen, scheiterte; daß das Zentrum seinen blauen Blockbrüdern jede Anteilnahme und jeden Einfluß der Landarbeiter in den Landkrankenkassen leichten Herzens opferte, daß die Halbierung der Rechte der Versicherten beschlossen und damit die Vernichtung der Selbstverwaltung und die Bureaokratisierung der Krankenkassen in die Tat umgesetzt wurde; daß endlich im großen Ganzen die Kommissionsarbeit an dem Gesetzentwurf mit allen ihren Schwächen und den schwerwiegenden Nachteilen für die Versicherten durch das Reichstagsplenum sanktioniert worden sind. Der Reichstag, der in seiner gegenwärtigen, dem Willen der Mehrheit des Volkes schon lange nicht mehr entsprechenden Zusammensetzung keinerlei Existenzberechtigung mehr hat, ist also noch kurz vor seinem Ableben eifrig am Werke, nach dem Verbrechen des Steuerraubzugs eine weitere schwere Schuld am Volke auf sich zu laden. Die gegenwärtigen Mehrheitsparteien sollen dafür die längstverdienten Strafe nicht entgehen! —

Das Vertrauen der Arbeiterschaft zum Bürgertum schwindet durch diese Gewaltpolitik der parlamentarischen Vertreter des letzteren immer mehr. Daran können auch die Bemühungen der äußerst dünn gesäten einsichtigen bürgerlichen Kreise, am kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse mitzuhelfen, nichts mehr ändern. Von diesem Gesichtspunkt aus muß eine gutgemeinte Veranstaltung betrachtet werden, die vom 11. bis 13. Mai in Berlin stattfand. Es handelt sich um die V. Generalversammlung der von dem früheren preussischen Handelsminister Freiherrn von Beriespach und dem bekannten Sozialreformer Professor Dr. Ernst Franke begründeten „Gesellschaft für soziale Reform“, die sich mit der Jugendlichrfrage, vor allem soweit die gewerblichen Arbeiter zwischen 14 und 18 Jahren in Betracht kommen, beschäftigt.

In dem von der Berliner Ortsgruppe der Gesellschaft am 11. Mai veranstalteten Begrüßungsabend sprach der Berliner Stadtschulrat Dr. Michaelis über den gegenwärtigen Zustand und die nächsten Aufgaben des Berliner Fortbildungsschulwesens. Er entrollte ein ausführliches Bild seiner Entwicklung seit der Begründung im Jahre 1799. Damals handelte es sich nur um unentgeltlichen Sonntagsnachmittagsunterricht zurückgebliebener Schüler, der durch freie Vereinsstätigkeit ermöglicht wurde. Die zweite seit 1848 datierende Periode brachte dann die Fortbildung der schulentlassenen Gewerbebeflissenen in drei städtischen Fortbildungsschulen. Die dritte 1872 beginnende Epoche sah die Errichtung eigentlicher fachlicher Anstalten für gewerbliche und kaufmännische Angestellte; sie wurde durch die Begründung der ersten Handwerkerschule im Jahre 1880 gekrönt. Die letzte 1905 einsetzende Entwicklungsperiode schuf endlich die Pflichtfortbildungsschulen, in denen schon jetzt mehr als 100 Berufsarten geschieden sind.

Die Generalversammlung selbst wurde am 12. Mai nach der Begrüßungsrede des Vorsitzenden des Obermedizinalrats Prof. Dr. v. Gruber-München über den Beruferschutz der jugendlichen Arbeiter eingeleitet. Er wies auf die gesundheitlichen Schädigungen der Arbeiterjugend hin und betonte die Notwendigkeit, die Jugend vor dem Alkoholmißbrauch und dem Nachtleben in den Großstädten zu warnen, sie zu körperlichen Übungen anzuhalten und für bessere Wohnungen und bessere Ernährung soweit als möglich Sorge zu tragen. Außerdem sei es erforderlich das jugendliche Schutzzalter mindestens bis auf das achtzehnte Lebensjahr auszudehnen und bei der zehnjährigen Arbeitszeit den Fach- und Fortbildungsschulunterricht einzubeziehen, denn geistige Anstrengung sei zum mindesten der körperlichen gleichzusetzen. Ganz besonders müsse aber die Arbeiterjugend über die Notwendigkeit hygienischer Maßnahmen aufgeklärt werden, denn ohne den Willen der Betroffenen selbst seien alle Bemühungen erfolglos. Eine Hauptsache sei aber die Pflege des Familienlebens, das die Grundlage aller Kultur bilde. In der Diskussion drängte ein gutgemeinter Vorschlag zum Beruferschutz der jugendlichen den andern, aber der Wurzel aller Gefahren

für die Gesundheit der Jugend und des ganzen arbeitenden Volkes, der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung, ging keiner dieser bürgerlichen Weltbeglückter und keiner ihrer christlichen und Hirsch-Dunckerschen Nachläufer aus dem Arbeiterstande auf den Grund.

Am zweiten Verhandlungstage sprach dann der freisinnige Reichstagsabgeordnete und Bürgermeister Cuno-Hagen über die Fortbildungsschule. Er bezeichnet es als ein Gebot der Pflicht, gute Fach- und Fortbildungsschulen zu unterhalten und bedauerte, daß das Unternehmertum, besonders die großindustriellen Kreise, wenig oder gar kein Interesse für das Fortbildungsschulwesen haben. Er raffte sich sogar dazu auf, gegen die Verpöpfung der Fortbildungsschule, die von gewissen Kreisen durch die Forderung der Einführung des Religionsunterrichts angestrebt wird mit aller Entschiedenheit Stellung zu nehmen. Ferner verlangte er die Ausdehnung der Fortbildungsschule auf das weibliche Geschlecht, womit allerdings eine gute Haushaltungsschule verbunden sein müsse. Außerdem sei es eine dringende Forderung, die Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen vom 14. bis 17. Lebensjahre als Pflichtfortbildungsschule einzuführen. Nachdem auch in der Diskussion über diesen Vortrag die unterschiedlichsten Ansichten zum Besten gegeben worden waren, gingen die Teilnehmer an der Generalversammlung wieder nach Hause mit dem erhebenden Bewußtsein, für die Arbeiterschaft und ihre Jugend einige schöne Worte gesprochen oder wenigstens gehört zu haben.

Die erste Pflicht des Staates.

II.

Die Verschärfung der Klassengegensätze und der Staat.

Es wird heute von keiner ernsthaften Partei rundweg bestritten, daß mit dem Fortschreiten der kapitalistischen Entwicklung die Klassengegensätze eine zunehmende Verschärfung erfahren. Die Konzentration des Kapitals und die damit verbundene Proletarisierung immer weiterer Volkskreise geht so offensichtlich und in so großem Maßstabe vor sich, daß selbst die reaktionärsten und arbeitereindlichsten Elemente kaum noch ernstlich an eine Vertuschung der durch die kapitalistische Entwicklung hervorgerufenen Zustände denken. Durch die Wucht der Tatsachen wird den arbeitereindlichen Behauptungen, die der Sozialdemokratie die Schuld an der Verschärfung der Klassengegensätze beimessen wollen, mehr und mehr der Boden entzogen. Ja, es ist interessant zu beobachten, wie immer weitere bürgerliche Kreise und Parteien sich um den Nachweis bemühen, daß auch selbst die so verhaßte Sozialdemokratie ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung sei.

Natürlich konnte sich auch die Regierung den Tatsachen der Entwicklung nicht verschließen. Hat doch erst vor kurzem, am 15. Februar 1911, der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg beim festlichen Mahle des Deutschen Landwirtschafters die Verschärfung der Klassengegensätze zugegeben. Er war sogar der Meinung, daß die Kluft zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden nicht zugeschüttet werden kann. »Aber«, sagte der Reichskanzler, »wir werden sie überbrücken können und müssen.«

Das klingt bald wie eine Anerkennung der ersten Staatspflicht, die ihr Ziel in der Wahrnehmung des Gemeinwohls sowie in der Wahrnehmung des Arbeiterschutzes sieht. Doch davon ist die Regierung weit entfernt. Sie unterwirft sich der Interessenspolitik der besitzenden und herrschenden Klassen, besonders des Großgrundbesitzes. Sie erkennt in der ersten Staatspflicht nur die Pflicht, den Wünschen der industriellen und agrarischen Scharmacher möglichst reslos nachzukommen, deren Erfüllung auf die politische und wirtschaftliche Entrechtung des arbeitenden Volkes sowie auf die sozialpolitische Täuschung der Arbeiter hinausläuft. Daran ändert auch eine interessante Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück nichts, die er bei der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern im Reichstag am 14. März 1911 abgab. Er sagte:

»Mit den Parteien, mit denen ich gelegentlich diniere, bin ich einig darin, für die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Hebung des ganzen Volkes, in erster Linie der Arbeiter zu sorgen.« Ja, so denkt sich auch das Proletariat die erste Staatspflicht. Daß aber die Regierung nach anderen Grundsätzen zu handeln gewillt ist, das ließ der Staatssekretär durchblicken: »Die Ausdehnung der Staatsaufgaben liegt im Zuge der Zeit; aber die Staatsallmacht bedeutet das Grab der individuellen Freiheit und damit der Kultur.«

Bei dieser Stelle der Rede des Staatssekretärs verzeichnet der parlamentarische Bericht lebhaftige Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien. Das ist ganz natürlich. Den bürgerlichen Parteien, die doch kapitalistische Interessen zu vertreten haben, ist jede Arbeitergesetzgebung verhaßt. Wird doch in der Tat durch eine wirklich volksfreundliche Arbeitergesetzgebung die »individuelle« Ausbeutungsfreiheit des Kapitalismus eingeschränkt und der Profit geschmälert. Darum die lebhaftige Zustimmung der bürgerlichen Parteien.

Natürlich lassen es die bürgerlichen Parteien nicht gelten, daß die Regierung in der Hauptsache

als Interessenvertretung der besitzenden und herrschenden Klassen fungiert. Besonders sind es die Konservativen, die der proletarischen Aufklärung über die Pflicht des Staates volksverhetzende Absicht nachsagen. Geschicht es aber, daß sich einzelne Interessengruppen der besitzenden Klassen durch die Regierung benachteiligt glauben, dann gelangen plötzlich auch sie zur Erkenntnis der Wahrheit. So heißt es in dem Jahresbericht der Handelskammer Bielefeld unter anderem:

»Wir befinden uns auf der abschüssigen Bahn der Verteuerungspolitik zugunsten einer einzelnen Erwerbsgruppe, des deutschen Großgrundbesitzes, dessen Machtpolitik in den letzten Jahren unserer Wirtschaftsgeschichte wahrlich nicht zum Wohle der Allgemeinheit oft genug entscheidend gewesen ist. Die dadurch im Volke erzeugte tiefe und berechtigte Mißstimmung wird aber noch erhöht durch das Gefühl, daß unsere Regierung gegenüber der Machtstellung der deutschen Landwirtschaft ohnmächtig ist, die Bedürfnisse der Gesamtheit mit dem erforderlichen Nachdruck zu vertreten.«

Das im arbeitenden Volke lebendige Gefühl der berechtigten Mißstimmung darüber, daß unsere Regierung auch gegenüber der Machtstellung der deutschen Industrie ohnmächtig ist, wird ganz übersehen. Diese Ohnmacht hat sich nur zu deutlich bei der Reichsversicherungsordnung gezeigt, die den Wünschen der ärgsten Arbeiterfeinde nachkommt und durch die den versicherten Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht geraubt wird. Und auf eine solche Sozialpolitik, die den Arbeitern mit einer Hand gibt und mit zwei Händen nimmt, tut sich die kapitalistische Gesellschaft auch noch ungeheuer viel zugute. Wenn die Vertreter des arbeitenden Volkes die Sozialpolitik des Klassenstaates als das bezeichnen, was sie ist: billiger Köder für die ausgebeuteten und mißgestimmten Arbeiter, und wenn sie eine wirklich nützliche und wirksame Sozialpolitik fordern, so werden sie als Hetzer und Feinde der Arbeiter hingestellt. Daß aber der Staat in der Tat die Arbeiter über die Verschärfung der Klassengegensätze hinwegtäuschen versuchte, um im Interesse der besitzenden Klassen zu erreichen, daß der Arbeiterbewegung Abbruch getan wurde, das geht aus von H. v. Poschinger im Jahre 1908 veröffentlichten Bismarck-Erinnerungen hervor. Da heißt es unter anderem von einem Gespräch im Mai 1894, nachdem gesagt ist, daß Bismarck als bald den Kaiser charakterisierte:

»Er kann den Augenblick, da er als der große Weltbeglückter dasteht, nicht erwarten. Auch die Arbeiterproklamationen, die eigentlich den Anstoß zu unserer Trennung gegeben haben, gehören in dieses Kapitel. Der Kaiser versprach sich davon goldene Berge; ich sagte, nachdem ich das Schlimmste daraus entfernt hatte: Das beste ist, Majestät zerreißn dieselben und werfen die Stücke ins Feuer. Er aber ließ sich nicht überreden, glaubte, damit die Sozialdemokratie wie mit dem Speck die Maus zu fangen — —.«

Es ist nur gut, daß das Proletariat sich nicht mehr für Zwecke der Reaktion einfangen läßt. Und was Gesellschaft und Staat unterlassen, was sie dem Proletariat vorenthalten, das muß und wird erkämpft werden. *fp.*

Der Kampf um das Altersrentengesetz in Frankreich.

Es klingt sonderbar, jetzt noch von dem Kampfe um ein Gesetz zu sprechen, das am 5. April 1910 beschlossen worden ist und am 3. Juli 1911 in Kraft treten wird. Und doch: die Abneigung gegen und das Unverständnis für das ganze Wesen der modernen Zwangsarbeiterversicherung sind in Frankreich in den verschiedensten Bevölkerungsschichten noch so groß, daß tatsächlich erstlich um das Inkraftsetzen des längst beschlossenen Gesetzes gekämpft wird. Daß dabei ein beträchtlicher Teil des rückständigsten Unternehmertums samt den ihm gleichgesinnten reaktionären Gemeindeverwaltungen daran arbeiten, den Arbeitern das Gesetz, das sie noch nicht kennen, zu verleiden, und auf seine Rückgängigmachung hinarbeiten, begreift sich. Wird doch auch bei uns noch immer über die »unerträgliche Belastung der Arbeitgeber durch die Sozialgesetzgebung« gejammert. Und gleich nach dem Inkrafttreten des Invalidenversicherungsgesetzes begann bei uns die von bayerischen Bauernbündlern und Zentrumsleuten betriebene Bewegung auf Aufhebung des »Wapperlgesetzes«, die auch in freisinnigen Parteikreisen Anklang fand. Aber etwas ganz Eigenartiges, das in seiner vollen Schönheit heute wohl nur noch in Frankreich möglich ist, das ist der mit einem geradezu fanatischen Eifer geführte Feldzug der offiziellen Organisation der Gewerkschaften gegen das Gesetz.

Die von der Gewerkschaftsorganisation gegen das »Schwindel- und Gaunergesetz« eingeleitete Aktion ist jetzt, vor seiner Verwirklichung, mit neuem Eifer aufgenommen worden. Man fordert die Arbeiter auf, die Beitragsleistung zu verweigern. Man erzählt ihnen, daß es sich bei dem ganzen Gesetz nur darum handle, aus den Beiträgen der Arbeiter Kapitalien anzusammeln, die dann den Kapitalisten für ihre Geschäfte zur Verfügung gestellt oder, noch einfacher, kurzerhand den Arbeitern gestohlen werden sollen. Und da der Erfolg bei den Arbeitern der Städte doch nicht ganz der ge-

wünschte zu sein scheint, ergeht jetzt die Parole, die ländlichen Arbeiter und kleinen Bauern, die ohnehin dem Neuen mißtrauischer gegenüberstehen, in ihrer Abneigung gegen die Zahlungspflicht zu bestärken. Daß dabei die sozialistische Fraktion, die fast einstimmig für das Gesetz gestimmt hat, mit den Bourgeoisparteien in einen Sack gesteckt wird, versteht sich bei den Anarchisten der Confédération, denen die Kollektivismen womöglich noch unangenehmer sind als die Kapitalisten, von selbst. Ebenso, daß an Stelle des zu boykottierenden Gesetzes ganz phantastische Vorschläge gemacht werden. So in einem Artikel der »Voix du Peuple«, des Organs der Fédération, das allen Ernstes durch Verbreitung einiger Millionen Handzettel eine ebenso zahlreiche Petitionsbewegung hervorzuufen gedenkt, als deren Ergebnis die »eingeschüchterten« bürgerlichen Parteien eine Rente von mindestens 2 Fr. täglich für alle 55 Jahre alten Arbeiter bewilligen sollen. Wohlverstanden ohne Beitragsleistung der Arbeiter. An diese Abneigung gegen das Beitragszahlen, der ja auch die Gewerkschaften ihre geringe Leistungsfähigkeit verdanken — aus der die syndikalistische »Alles-oder-Nichts«-Theorie sich leicht ergibt — knüpfen diese Gegner des Gesetzes ebenso wie seine ganz andere Ziele verfolgenden bürgerlichen Gegner in erster Linie an.

Inzwischen haben die reformistischen Gewerkschafter und die von dem Gesetz besonders berücksichtigten freien Hilfskassen sich für das Gesetz ausgesprochen. Und die sozialistische Partei, die das Gesetz, trotz aller Einzelbedenken, angenommen hat, um nach seiner Inkraftsetzung an seiner Verbesserung zu arbeiten, nimmt wohlgeim die doppelte Arbeit der Aufklärung der Arbeiter über den Inhalt des Gesetzes und der Abwehr der von verschiedenen Ödanken geleiteten Gegner des ganzen Versicherungsgedankens an sich. Sie weiß, daß sie es dabei mit der ganzen Macht der Demagogie zu tun bekommt. »Wenn das Gesetz ein Schwindel und eine Gaunerei ist, sind die Partei und ihre Erwählten Mitschuldige an Schwindel und Gaunerei«, sagt der Parteisekretär Dubreuilh in der »Humanité«. Und in einem Artikel, der sich energisch gegen die eigennützigsten Quertreiber der reaktionären Presse wendet und die weitergehenden Forderungen der Partei mit Schärfe darlegt, nimmt Jaures in gleicher Weise die Verantwortung für die Partei in Anspruch. Erst das Gesetz zur Wirklichkeit werden lassen, dann unaufhörlich an seiner Verbesserung arbeiten! Und Sembat weist mit gutem Humor in der Einleitung einer eingehenden Darstellung des Gesetzes von J. Bruckere und A. Dreyfus darauf hin, daß es zwar bequem und angenehm ist, das Gesetz in den Himmel zu heben und darauf zu schimpfen, daß es aber auch seine Vorzüge habe, es erst einmal kennen zu lernen und diese Kenntnis den Arbeitern zu vermitteln.

Das Ergebnis wird schließlich sein, daß das Gesetz doch in Wirksamkeit tritt, und daß alle die Arbeiter, die im Vertrauen auf ihre reaktionären Arbeitgeber oder auf ihre »revolutionären« Vertrauensmänner von der Confédération mit ihren Beiträgen zunächst im Rückstand bleiben, das später an ihren verminderten Renten werden büßen müssen.

Das französische Altersrentengesetz hat im wesentlichen folgenden Inhalt: Versicherungspflichtig sind alle Arbeiter, Angestellten und Diensthöher bis zu 3000 Fr. Lohn. Zu freiwilliger Versicherung berechtigt sind dieselben mit 3—5000 Fr. Gehalt, ferner die selbständigen Gewerbetreibenden und Landwirte, die nicht mehr als einen Lohnarbeiter beschäftigen. Die Versicherung beginnt mit dem Eintritt in das Arbeitsverhältnis, der mit 13 Jahren zulässig ist. — Der Beitrag ist für den erwachsenen Arbeiter täglich 3, die Arbeiterin 2, die Jugendlichen unter 18 Jahren 1/2 Cent., also 9, 6 und 4 1/2 Fr. (zu 81 Pf.) jährlich. Den gleichen Beitrag bezahlt der Unternehmer. Der Staat schiebt zu jeder Rente jährlich 60 Fr. zu. Während Krankheit oder Arbeitslosigkeit besteht keine Beitragspflicht, aber die Rente mindert sich entsprechend. Freiwillige Mehrleistungen sind zulässig und bewirken entsprechend höhere Ansprüche. Lohnklassen gibt es nicht. Die Zahlung erfolgt durch Marken.

Der Anspruch geht auf Altersrenten in acht verschiedenen Sätzen und auf Sterbegeld. Invalidenrente gibt es nicht. — Die Altersrente ist im Anfang für Männer kaum, am Ende etwas über ein Viertel höher als für Frauen. Sie ist etwas vermindert, wenn der Versicherte, was von 21 Jahren an zulässig und auf Berufe mit früher Sterblichkeit berechnet ist, die Rückerstattung der von ihm gezahlten Beiträge neben dem allgemeinen Sterbegeld wählt. Sie ist in geringerem Betrage (36,05 bzw. 38,75 Fr. für Männer, 33,85 bzw. 35,65 Fr. für Frauen nach 5jähriger, höchstens 150,95 Fr. für Männer nach 42jähriger Beitragsleistung) im Alter von 55 Jahren und zum Normalalt mit 65 Jahren zu beanspruchen: nach 5 Jahren für Männer 100,95 bzw. 105,60 Fr., für Frauen 97,95 bzw. 101,10 Fr., nach 25 Jahren für Männer 134,05 bzw. 162,50 Fr., für Frauen 109,35 bzw. 128,35 Fr.; nach 52 Jahren für Männer 342,35 bzw. 400,20 Fr., für Frauen 276 bzw. 317,35 Fr. In der Übergangszeit gibt es Unterstützungen für Bedürftige über 65 Jahre.

Das Sterbegeld beträgt: für die Witwe 150 Fr. (den Witwer nichts), bei 1 Kinde 200, 2 Kindern 250, 3 und mehr Kindern 300 Fr.; Kindergeld auch für Witwer. Bei »reserviertem Kapital« (unter Ver-

minderung der etwa zu erwartenden Rente) kommen noch die geleisteten Beiträge hinzu, so daß dann das Sterbegeld um sovielmal 9 (beim Tode der versicherten Frau 6) Fr., als Jahresbeiträge geleistet sind, höher ist.

Neben der staatlichen Kassenverwaltung sind die freien Hilfskassen und Versicherungsgesellschaften zur Annahme und Verwaltung der Beiträge unter Aufsicht des Staates und Gewährung eines staatlichen Kostenzuschusses berechtigt. Vorbedingung ist staatliche Zulassung und ein Mitgliederstand von mindestens 2000.

Man sieht, das Gesetz ist in seinen Leistungen beschränkt, teilweise lächerlich geringfügig. Aber es ist der erste Anfang, ein besonders schwerer Anfang bei dem tiefeingewurzelten Widerstreben des französischen Volkes gegen alles, was nach Zwangsbeiträgen und verpflichtender Sozialpolitik aussieht. Aber es ist immerhin mehr als das Nichts, das heute besteht. In der »Humanité« wird gezeigt, daß in einem Jahre der Alterspensionär mehr erhält, als er in all den Jahren eingezahlt hat. Und wenn vor allem der Mangel einer Invalidenfürsorge, eines Heilverfahrens usw. dem Wert des Gesetzes starken Eintrag tut, so haben doch unsere französischen Genossen mit Recht erkannt, daß es zuerst einmal darauf ankommt, das Wenige zu sichern und im übrigen am Ausbau zu arbeiten, was erst nach dem Insultbetreten des Gesetzes möglich und um so wirksamer ist, je sachkundiger und aufrichtiger man sich in das Gesetz vertieft und an seiner Verwirklichung mitgearbeitet hat. Das sind für deutsche Sozialdemokraten und Gewerkschafter lauter Selbstverständlichkeiten. Man muß wirklich mit Interesse und Bedauern abwarten, wie lange sich in Frankreich ein unfruchtbarer, ja direkt arbeiterschädlicher Revolutionarismus behaupten kann, der in seiner Ablehnung aller praktischen sozialpolitischen Arbeit und seiner organisatorischen Machtlosigkeit tatsächlich ein Hemmnis des Befreiungskampfes der Arbeiter geworden ist. Die französischen Sozialdemokraten aber werden die Früchte ihrer ebenso grundsätzlichen wie praktisch-nüchternen Politik sicher ernten.

a. k.

Adressen-Aenderungen.

2. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunfts-erteiler (siehe Graph. Presse Nr. 16 und 18).
Berlin, Photogr., Printer und Printenmacher: Arthur Sadina, NO. 43, Linienstr. 241 a.
Breslau, Lithogr., Chemigr. und Steindr.: Max Ruffert, Breslau V, Lewaldstr. 15.
Breslau, Lichtdr.: Hugo Lange, Oelsenerstr. 181.
Breslau, Photogr.: Josef Klose, Mathiasstr. 155 III.
Coburg: Richard Schmetter, Sonneberg, S.-M., Coburger Allee 13.
Ellenbogen: Erich Kuschnitzky, Nordpromenade 42.
Hanau a. M., Lithogr. u. Steindr.: Friedr. Schnellbacher, Schnurstr. 10a.
Hechingen, Hohenzollern: Markus Kohmann, Gammertinger 7a.
Iserlohn i. Westf.: Hch Weindorf, Karrenstr. 4.
München, Chemigr. und Kupferdr.: Vorsitzender und Auskunftserteiler Hub. Ackermann, Leonrodstraße 11 II. Arbeitsnachweis Verwalter Alois Mayer, Oefelestr. 101.
Weimar: Karl Zaubitz, Oberweimar bei Weimar Friedhofstr. 78.
Agram, Kroatien: O. Kubin, Agram, Prilaz 50.
Schweiz:
Aarau: R.-U. Karl Wendel, Pelzgasse 106.
La chaux-de-fonds: Reise-Unterst. Karl Schade, Terreaux 18.

Allgemeines.

Teil für die

gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Gauvertreter-Konferenz.

Auf Grund eines Beschlusses der vorjährigen Generalversammlung in Hamburg sollen möglichst alljährlich zwecks Besprechung wichtiger Organisations- und Berufsfragen Gauvertreterkonferenzen abgehalten werden. Die erste dieser Konferenzen fand am 14. und 15. Mai 1911 in Leipzig statt. Neben den Vertretern aller Gauen nahmen Vertreter des Hauptvorstandes, des Zentralausschusses und der Redaktion an dieser Konferenz teil.

Sie befaßte sich zunächst eingehend mit den Lohnbewegungen der letzten Zeit. Es wurde verurteilt, daß verschiedentlich die Bestimmungen des Statuts bei der Einleitung von Lohnbewegungen nicht befolgt worden sind. Die Entscheidung über jede Lohnbewegung liegt nach dem Statut und nach den Beschlüssen der Hamburger Generalversammlung in den Händen des Hauptvorstandes; die Orts- und Gauvorstände sollen gehalten sein, diesen statutarischen Bestimmungen und Beschlüssen streng nachzu-

kommen und darauf zu achten, daß ihnen durch alle Kollegen unbedingt Rechnung getragen wird. Im übrigen soll die bisherige Taktik, in erster Linie die rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beseitigen, auch weiterhin befolgt werden. In jedem Falle ist aber vorher erst dem Hauptvorstand Mitteilung zu machen.

Sodann beschäftigte sich die Konferenz ausführlich mit dem *Auskunftswesen* des Verbandes. Angesichts der Bemühungen der Unternehmer, dem gewerkschaftlichen Auskunftssystem durch die Errichtung und Handhabung von Lohnkatalogen entgegenzuarbeiten, forderte die Konferenz alle Kollegen auf, sich im Interesse ihrer selbst und des ganzen Berufs streng an das Auskunftssystem des Verbandes zu halten und Lohnforderungen beim Stellungswechsel erst dann geltend zu machen, wenn die Auskunft eingegangen ist.

Endlich besprach die Konferenz noch *Kassenangelegenheiten*. Die Gauleiter wurden vom Hauptvorstand bevollmächtigt, in den Mitgliedschaften ihres Gaus auch gelegentlich außerordentliche Revisionen vorzunehmen. Diese sollen auf Anweisung der Hauptkasse besonders dann erfolgen, wenn die Abrechnungen einzelner Mitgliedschaften mangelhaft sind und zu Ausstellungen Veranlassung geben. Bei jedem Kassiererwechsel soll der in Frage kommende Gauleiter ebenfalls eine Kassenprüfung vornehmen, um die ordnungsgemäße Uebergabe und Weiterführung der Kassengeschäfte in der betreffenden Mitgliedschaft zu gewährleisten.

Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten wurde die Konferenz, die einen anregenden Verlauf nahm und zur Förderung des Verbandslebens wesentlich beigetragen haben wird, geschlossen.

Die Unternehmer und die Frankfurter „Gelben“.

„Das läßt tief blicken“, möchte man mit Sabor sagen, wenn man an ein kürzlich in der thüringischen Hoffirma Wiedemann in Saalfeld vorgekommenes Ereignis denkt. Als diese mit der früheren sehr oft in der »Graphischen Presse« genannten Firma Schlick & Schmidt noch nicht vereinigt war, wurden mit einem Eifer, der einer besseren Sache wert gewesen wäre, die angehenden Jünger Senefelders in die gelbe Frankfurter Schutzgarde eingekauft. Man zahlte die *ärztliche Untersuchung*, man zahlte das *Eintrittsgeld* und man zahlte die *Wochenbeiträge* für die Lehrlinge.

Aber die im Landstädtchen in der Verwaltung tätigen Kollegen waren im Stillen auch nicht müßig, damit diese »Gelbsucht« sich nicht allzusehr ausbreite. Auch sie nahmen die in die Frankfurter Schutzgarde eingekauften angehenden Jünger Senefelders, so in der Hoffirma »gewissenhaft ausgebildet« wurden, in die *Lehrlingsabteilung ihres Verbandes* auf und boten ihnen auch noch Vorträge, Ausstellungen und andere nützliche Dinge neben den statutarischen Unterstützungsrechten.

Nach dem Frankfurter Statut sollten die eingekauften Jünger Senefelders nach der Lehrzeit in den Frankfurter gelben Verein übertreten. Aber o Schreck! Das machte auch nicht einer! Alle traten nach der Lehrzeit in den *Verband der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe* ein!

Den die Hoffirma innehabenden Herren Müller wurde die Zahler in die gelbe Frankfurter Schutzgarde nun jedenfalls doch selbst zu dumm, denn was nützt das angewandte Kapitälchen, wenn es keine Zinsen trägt? Als nun vor mehr als Jahresfrist die große Vereinigung der Hoffirma mit der andern Doppelfirma ohne Hoffittel stattfand, wurden wahrscheinlich die Zahlungen in die gelbe Frankfurter Kasse gänzlich eingestellt, denn man brauchte jetzt das Geld, um »Gottesschilling« (eine noch mittelalterliche Einrichtung im evangel.-lutherischen Städtchen) und andere Steuern zu zahlen. Als nun kürzlich ein »eingekaufter« Jünger Senefelders ins Kontor kam, um seine *Krankunterstützung* zu erheben, wurde ihm von einem der Herren Müller, der leider das Gras nicht wachsen hörte, gesagt: »Ja, wenn ein Geschäft zu machen ist, da seid ihr gleich bei der Hand!« Wahrscheinlich wollte der Herr damit ausdrücken, daß sie bei dem andern »Geschäft« (Uebertritt in die Frankfurter Schutzgarde) nicht bei der Hand waren, sondern — wie sich gehört — die von ihnen für *bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen stets kämpfenden Kollegen dargebotene Hand ergriffen haben und weiter ergreifen werden.*

Ein Lehrling, der von dem Herrn befragt wurde, warum sie nicht in den Frankfurter Verein übertreten, gab auch die richtige schlagfertige Antwort

mit den Worten: »Wenn's mal losgeht, daß man den Kollegen nicht in den Rücken fällt!« — Herr Müller wird vielleicht da ein »Seifensieder« aufgegangen sein und er wird wahrscheinlich gedacht haben: »Hätten wir lieber die für die gelben Frankfurter nutz- und zwecklos hinausgeworfenen Mark und Pfennige für *Zulagen an die Gehilfen* verwendet, das würde für die Firma selbst vorteilhafter gewesen sein.«

Brief aus Hanau.

Wenn seit langer Zeit wieder einmal ein Situationsbericht aus der Zahlstelle Hanau erscheint, so aus dem Grunde, weil in unserer Presse der Platz ist, wo man von Ort zu Ort seine Meinungen über bestehende Verhältnisse austauschen kann, um eventuell Kollegen vor Enttäuschungen zu bewahren und über die Berufslage zu informieren. Nun zur Sache selbst.

Die Kollegen in der Firma Heinr. & Aug. Brüning werden durchweg sehr schlecht bezahlt. Die Löhne sind eigentlich einer Kunstanstalt nicht würdig. Vor kurzer Zeit beschäftigten sich die Kollegen sehr eingehend mit dieser Sache und beschlossen, eine allgemeine Lohnhöhung von der Firma zu fordern, unter Darlegung der Gründe, daß die Lebensmittelpreise immer mehr und mehr steigen usw. Der Herr Kommerzienrat H. Brüning, ein mehrfacher Millionär, erklärte dem Sinne nach, daß das sein Betrieb nicht leisten könne wegen der Konkurrenz — tatsächlich zahlte letzter aber bessere Löhne —; überhaupt könne er darüber nur an den festgelegten Zulageterminen, und zwar am 1. Januar oder 1. Juli mit sich reden lassen. Also mit leeren Worten wurden die Kollegen abgespeist. Jetzt sind sie natürlich gespannt, wie die Zulage am 1. Juli ausfallen wird. Hoffentlich nicht wie so manche andre, wo nur einzelne 50 Pf. und ausnahmsweise einer einmal 1 Mk. bekam, die meisten aber nichts! Die Firma vertut den Standpunkt, daß mehr wie 30 Mk. Lohn nicht bezahlt werden sollen. Bei jeder Zulage können die Arbeiter hören, daß 25, 26, 27 und 28 Mk. sehr schöne Löhne seien, mit denen sich ganz gut auskommen lasse. Man könne nicht mehr geben; die Zölle auf graphische Erzeugnisse seien so schrecklich hoch. Das sagen die Herren, die einer Partei angehören, welche an den die Industrie so schwer schädigenden Handelsverträgen und an den Schutzzöllen mitschuldig ist. Die Arbeiter müssen dafür büßen! Die Tabaksteuer mußte auch herhalten; es ist eben kein Geld da. Da ist es nun interessant, wieviel Geld die Firma ausgibt für Aufgaben, für die der Staat aufzukommen hätte. Darüber befehlt folgende Notiz in den beiden hiesigen bürgerlichen Blättern:

Hochherzige Stiftung. Die heutige Erinnerungsfeste an den vor 40 Jahren geschlossenen Frieden, die hier ihr besonderes charakteristisches Gepräge durch die Veranstaltung eines Kornblumentages gefunden, hat auch einem hiesigen Industriellen, der selbst ein alter Kriegsteilnehmer von 1870/71 ist, Veranlassung zu einer hochherzigen Stiftung gegeben. Herr Kommerzienrat Heinrich Brüning (i. Fa. H. u. A. Brüning, chromolithographische Kunstanstalt) stiftete für die Hanauer Veteranen ein Kapital von 30000 Mk., dessen Zinsen alljährlich an 10 ihm in Vorschlag zu bringende Veteranen mit je 120 Mk. verteilt werden sollen. Eine schönere 40jährige Friedenserinnerung konnte den alten Kameraden nicht gemacht werden. Herzlichsten Dank dem treuen Kameraden und edlen Spender.

An sich kann es uns ja gleichgültig sein, wo Herr Brüning sein Geld hingibt. Die Kollegen der Firma sind aber erstaunt, daß auf einmal so viel Geld ausgegeben werden kann für Zwecke, die eigentlich das Reich erfüllen müßte, während Herr Brüning für die Arbeiter nichts übrig hat. Diese sprechen die Erwartung aus, daß die Firma am 1. Juli auch derer gedenkt, die täglich in der Kunstanstalt ihre Arbeitskraft verbrauchen und den Mehrwert arbeiten müssen, der den Inhabern der Firma derartige »hochherzige Stiftungen« ermöglicht. Es herrscht zur Zeit eine Antreiberei zur intensiven Arbeit, wie man sie früher nicht gekannt hat. Die Kollegen mögen die Lehre daraus ziehen, fest zu ihrem Verbands zu stehen. Jeder zielbewußte Arbeiter, der seine Existenzbedingungen zu verbessern sucht, muß wissen, daß er das *nicht außerhalb der Organisation* durchzuführen vermag, sondern daß er darum Schulter an Schulter mit seinen Kollegen in einer *festgefühten Organisation* kämpfen muß. Mögen dies die Kollegen allerorts beherzigen, so wird die Zeit nicht mehr ferne sein, wo bessere Zustände in unserem Berufe vorhanden sind. Die Devise muß lauten: *Aufklärung unter die Kollegen bringen, jede Mitgliederversammlung besuchen, die in Zukunft durch Vorträge sehr interessant gestaltet werden. Helfe jeder mit, dann ist die Arbeit leichter für den einzelnen und segensreicher für die Gesamtheit der Arbeiter selbst!*

Brief aus Würzburg.

Nicht um der Kollegschaft Deutschlands die landschaftlichen, architektonischen und altertümlichen Schönheiten der turmreichen ehemaligen Residenzstadt der Fürstbischöfe zu schildern schreiben wir diese Zeilen, sondern um ihnen einen Einblick zu geben in die Berufsverhältnisse in der Stadt der Reben und des Meißelgutes.

Erinnerlich wird der Kollegenschaft noch der Kampf sein, den wir voriges Jahr zur Beschneidung der schlimmsten Auswüchse privatkapitalistischer Profitsucht führten. Wenn wir auch nicht unterlegen sind und einige Verbesserungen errangen, so bleibt uns noch gerade genug zu tun übrig. Bei dieser Arbeit für die Hebung der Berufslage sucht man uns mit Hilfe der Einsichtlosigkeit und der Verblödungsstaktik der hiesigen Ableger des Frankfurter gelben Gewächses allerlei Hindernisse in den Weg zu wälzen. Nicht daß wir behaupten könnten, die Firma Stürtz halte die Zugeständnisse vom vorigen Jahr nicht! Aber wenn man das Treiben des Oberdruckers Graf, der gleichzeitig Vorsitzender der Gelben am Orte ist, so mit ansehen muß, kommen einem doch allerlei Gedanken. Die Firma wird uns nur dankbar sein, wenn wir offen und ehrlich aussprechen, was wir denken: Man will sich persönlich mit dem wirtschaftlichen und industriellen Terror gegen Andersdenkende nicht befassen, darum läßt man dem Oberdrucker Graf in der Heranzüchtung von dotterweichen Gelben freie Hand, wohl wissend, daß solche Elemente die willigsten Werkzeuge zur Erhöhung des Profites sind! Mit dem Tatsachenmaterial in dieser Geschichte wollen wir noch etwas zurückhalten, um abzuwarten, ob die Firma nach unserem Hinweis vielleicht von selbst dem Treiben des Vorsitzenden der Gelben Einhalt gebietet und ihn veranlaßt, nur seine Funktionen als Oberdrucker auszuführen. Tritt innerhalb geraumer Zeit keine Wendung zum Besseren ein, dann zwingt uns die Firma zu der Annahme, daß sie sich mit dem Treiben des Oberdruckers Graf identifiziert, und wir müßten dann etwas ausführlicher auf die Sache eingehen. Also vorläufig lassen wir Zeit zur Besserung und stehen Oewehr bei Fuß.

Wenn den mit allen erdenklichen Mitteln von Rot zu Gelb Bekehrten besondere standesherrliche Vorrechte eingeräumt würden, dann brauchte man seinen Verstandskasten nicht anzuangeln, um zu begreifen, warum mancher Kollege wie ein Gimpel auf die Leimruten hüpfte. Aber tatsächlich werden die Gelben genau so im Interesse des Profites geschunden und Versprechungen werden ihnen gegenüber ebensowenig gehalten wie bei den Verbandskollegen.

Damit kommen wir zur Firma Scheiner. Diese versprach vor einiger Zeit einem Lithographen von Stürtz eine Lebensstellung in ihrem Betriebe. Die Folge davon war: Austritt bei Stürtz, Austritt aus dem Verband, Eintritt bei den Gelben, Eintritt bei Scheiner und nach kurzer Zeit — Hinauswurf bei Scheiner! In seiner jedenfalls maßlosen Verwunderung über die eigentümliche Auffassung des Herrn Scheiner über Lebensstellung und Einhaltung eines gegebenen Versprechens hatte der Gelbe den Mut, von Herrn Scheiner Rechenschaft zu fordern. Frechheit, einen Unternehmer in eine solche Situation zu bringen! Aber Gott sei Dank, Herr Scheiner verstand sich zu helfen. Er bedeutete dem Gemeinten, es sei keine Arbeit da — dann war das Versprechen entweder von vornherein Gefunker, oder es zeugte von geringem geschäftlichem Weltblick —; er möge sich an die Firma Schimpf nach Nürnberg wenden, deren Alleininhaber H. Richter dafür sorgen werde, daß er dort Stellung erhalte. Und richtig, die Fürsorgestelle Scheiner in Würzburg hielt diesmal Wort. Herr Richter hat sich der Firma Scheiner und des Entlassenen erbarmt. Ob das aber nicht wieder eine neue Leimrute war? Daß Herr Richter mit diesem zugleich noch einen Gelben ebenfalls aus Würzburg engagierte, ist uns verwunderlich, da Herr Richter jederzeit betonte, es sei ihm am liebsten, wenn sein Personal organisiert sei. Daß Herr Scheiner als Schutzverbandsmitglied den Ausgelernten nur 12 bis 14 Mk. bezahlte, gehört auch zu den gegebenen Versprechen, die man nicht zu halten braucht. Da es uns noch nicht gelungen ist, Herrn Scheiner zur Einhaltung des Minimallohnes zu bringen, so geben wir uns der angenehmen Hoffnung hin, daß es vielleicht dem energischen Kreisvertreter des Schutzverbandes von Bayern, Herrn Richter in Nürnberg, glücken möge, unseren Rentnieren zum Gehorsam zu zwingen. Daß man sich an die Lehrlingskassa ebenfalls nicht gebunden fühlt, ist nach dem Geschilderten nicht verwunderlich.

Nun, vielleicht werden die dort beschäftigten Gelben mit der Zeit zur Einsicht kommen. Hoffen wir, daß es nicht zu spät geschieht. Leider hätten wir noch viel zu monieren. Aber eingedenk des Grundsatzes, daß man sein Pulver nicht auf einmal verschießen soll, halten wir das übrige trocken, um es zur richtigen Zeit zu verknallen.

Ortsberichte.

Nürnberg. In ihrer letzten Versammlung beschäftigte sich die Nürnberger Kollegenschaft mit der Frage der passiven Resistenz und der Stellungnahme des Schutzverbandsorgans zu dieser Angelegenheit. Kollege Billmann referierte. Nach lebhafter Aussprache kam die Meinung der Versammlung durch die einstimmige Annahme folgender Resolution zum Ausdruck: »Die Lithographen, Steindruckere und verw. Berufe Nürnbergs protestieren energisch gegen die verleumderische Verdrehung und Entstellung der Tendenz des Artikels über die passive Resistenz in Nr. 13 der »Gr. Pr.« durch die Schriftleitung des »Steindruckgewerbes«. Insbe-

sondere protestieren sie gegen die frivole Verleumdung der gesamten deutschen Kollegenschaft, daß sie in ihrem Arbeitsverhältnis ihre Pflicht vernachlässige und durch langsames Arbeiten und viele andere Maßnahmen den Fortschritt in der Technik zu unterbinden suche. Die Versammelten weisen mit Nachdruck darauf hin, daß gerade das Gegenteil der Auslassungen des Schutzverbandsorgans wahr ist und daß heute die Arbeiterschaft im Lithographie- und Steindruckgewerbe in Beziehung auf Arbeitsleistung die geradezu unerfüllbaren Anforderungen der Unternehmer zu erfüllen sucht. Sie machen weiter darauf aufmerksam, daß trotz der großen Vermehrung der Arbeitshemmnisse und -erschwernisse durch die fortwährende Verschlechterung der Arbeitsmaterialien wie Papiere, Farben usw. die Arbeiterschaft noch zu immer höherer Arbeitsleistung getrieben wird, daß man aber dagegen von Seiten der Steindruckereibesitzer, namentlich der Schutzverbandsmitglieder, durch nicht gerade schön zu nennende Maßnahmen den Arbeitslohn immer niedriger zu drücken sucht. Die Versammelten erklären, daß sie nicht gewillt sind, diese weit über das normale Maß hinausgehende Ausbeutung auf die Dauer ohne jede besondere Gegenwehr über sich ergehen zu lassen, sondern sie werden sich gegebenen Falls gegen den tagtäglich an ihnen verübten Diebstahl an der Lebensdauer ihrer Arbeitskraft zu schützen wissen. Mit besonderer Schärfe wenden sie sich gegen die schamlose Lehrlingszüchterei in ihrem Berufe, da auch das Unternehmerorgan in jeder Nummer den Beweis liefert, daß der Export ins Ausland fortwährend schwerer und das Lithographie- und Steindruckgewerbe immer mehr und mehr auf den Inlandmarkt beschränkt wird. Die Versammelten erblicken in der Lehrlingszüchterei ein Mittel, um der Lohnrückerei einen größeren Nachdruck zu verleihen. Sie fordern die deutsche Kollegenschaft auf, gegen alle Verschlechterungsmaßnahmen des Schutzverbandes entschiedene Stellung zu nehmen.



Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Kollegen, werdet hart!

In letzter Zeit haben sich kürzere und längere Artikel in der »Graphischen Presse« mit der Offsetmaschine befaßt und immer neue Momente treten zutage, die einer Besprechung unterzogen werden müssen. Es bilden sich Zustände heraus, die von den Kollegen in kleineren Druckorten und Firmen nicht weiter beachtet werden, die aber die Kollegen in größeren Städten und Druckereien ermahnen, stets auf dem Posten zu sein, damit die Interessen der Kollegenschaft nicht Schaden erleiden.

Jede neue Erfindung ruft in dem betreffenden Produktionszweige eine Verschiebung, oft sogar eine völlige Umwälzung der jeweiligen Verhältnisse hervor. Das haben wir im Buchdruckgewerbe bei der Einführung der Setz- und Rotationsmaschinen gesehen. Wir finden es jetzt auch bei uns, wo man den Offsetmaschinen, von denen eine einzige imstande ist, 3 bis 4 Flachdruckschnellpressen zu ersetzen, Eingang verschaffen will.

Wenn nun eine neue Maschine in der Lage ist, die Erzeugnisse von 3 bis 4 Maschinen der bisher gebräuchlichen Art weit zu machen, so ist wohl ohne weiteres klar, daß zunächst die Arbeitskraft der die betreffende Maschine bedienenden Arbeiter noch intensiver ausgebeutet wird. Aber dabei bleibt es nicht, sondern die Intensität der Arbeitskraft der Arbeiter verwandter Sparten muß ebenfalls weiter gesteigert werden. Das möge folgendes Beispiel zeigen: Bei einer Auflage von zehntausend Druck einer mehrfarbigen Lithographie würde eine Flachdruckschnellpresse ca. 3 Tage mit einem Umdrucke versorgt sein. Die Offsetmaschine ist jedoch imstande, dieselbe Auflage in einem Tage zu bewältigen, ergo muß der Umdrucker jeden Tag einen Umdruck fertig stellen, ganz gleich wie kompliziert letzterer auch sein möge. Ebenso würde das Buchbinderei- und Expeditionspersonal bedeutend schneller arbeiten müssen, damit sich die fertigestellten Drucksachen nicht anhäufen. Diese Intensität der Arbeit muß entfaltet werden, denn der Unternehmer wird den Personalbestand nicht so ohne weiteres erhöhen.

Da nun die Arbeitskraft die Quelle alles Mehrwertes ist, so erzeugt die intensivere Arbeitskraftentfaltung eine Steigerung des Mehrwertes. Das sei ebenfalls an einem Beispiel kurz erläutert, wobei aber nicht eine eingehende Nachrechnung des Mehrwertes gegeben, sondern nur ein auffälliger Vorgang bei der Bereicherung des Unternehmers geschildert werden soll. Eine Flachdruckpresse wird bei Berechnungen und Kalkulationen täglich mit durchschnittlich 30 Mk. eingestellt. Es sollen 50 000 Briefbogen gedruckt werden. Würden sich 8 Briefbogen auf einem Stein für Doppelformat befinden, so hätte die Maschine ca. 3 Tage zu drucken. Somit müßten in der Berechnung 90 Mk. für Maschinenarbeit verzeichnet sein, wovon dem Unternehmer ein Mehrwert von ungefähr 50 Mk. verbleibt. Die Offsetmaschine ist aber in der Lage, dieselbe Auflage in einem Tage zu liefern. Natürlich wird die

Offsetmaschine in der Berechnung auch höher eingestellt werden, schon wegen der größeren Anschaffungskosten, sagen wir also mit 45 Mk. Da sich der Unternehmer schwer hüten wird, die Preise für die Drucksachen zu reduzieren, so wird ihm durch die gesteigerte Intensität der Arbeit in nur einer Abteilung und bei nur einer Maschine in einem Tage fast derselbe Mehrwert in den Schoß fallen, der ihm von den Arbeitern an der Flachdruckpresse erst in drei Tagen erarbeitet wurde.

Es wäre nun wohl nicht mehr als recht und billig, wenn der Unternehmer einen Teil des gesteigerten Mehrwertes dem Erzeuger, also dem Arbeiter zukommen ließe. Aber statt dessen versucht er die Interessen der Arbeiter noch zu schädigen, indem er ihnen langjährige Kontrakte und längere Kündigungsfristen aufzwingt. Und es gibt bedauerlicherweise noch viele Kollegen, die sich von den Unternehmern für ihre eigennützigen Pläne kaulen lassen. In dieser Hinsicht muß wohl auch eine Verständigung unter den Unternehmern stattgefunden haben, denn fast überall tritt diese Erscheinung zu Tage. Akzeptiert nun ein Kollege die Bedingungen des Unternehmers, so bekommt er vielleicht 3 oder 4 Mark Zulage. Für diesen Judaslohn verkauft der Drucker aber seine Bewegungsfreiheit, nicht bedenkend, daß durch einen solchen Vertrag auch die Interessen der Gesamtkollegenschaft schwer geschädigt werden. Die Kollegen untergraben auch durch einen solchen Schritt ihr Ansehen bei den Unternehmern selbst; handelt es sich doch meistens um Firmen, die bei erst jüngst stattgefundenen Lohnbewegungen die vierzehntägige Kündigung ausdrücklich festgelegt haben. Gehen hier die Unternehmer mit Bedacht vor, so ist eben eine große Zahl von Kollegen so einsichtslos, die Tragweite eines solchen Engagements nicht voll zu erfassen.

Jeder Kollege muß zugeben, daß die Unternehmer derartige Verträge nur abschließen, um die Stöckkraft der Gehilfenorganisation zu lähmen und den durch den Vertrag an Händen und Füßen gebundenen Gehilfen gegebenenfalls als Streikbrecher in der Hand zu haben. Weil der Offsetmaschinenmeister dem Unternehmer unentbehrlich zu sein glaubt und weil er sich durch Annahme der Bedingungen eine gesicherte Existenz geschaffen zu haben hofft, degradiert er sich von vornherein selbst zum Streikbrecher, verkauft er sich dem Unternehmer gegen seine Kollegenschaft mit Haut und Haaren. Dabei bedenkt er nicht, daß ihn der Unternehmer ebensogut hinauswirft, wenn er ausgemergelt und arbeitslahm wird, wie jeden andern, ganz gleich ob Flachdruck- oder Offsetmaschinenmeister. So werden die Kollegen, die kurzzeitig genug sind, um sich dann gebrauchen zu lassen, zu Handlangern des profitwütigen Unternehmers.

Damit dieser Uebelstand nicht noch tiefere Wurzeln schlägt, müssen wir ihn zeitelten an den Pranger stellen, und hoffentlich ziehen die Kollegen die Lehren. Vor allen Dingen aber müssen die Kollegen ein festes Rückgrat haben, hart und eisern sein im Handeln und Tun, dann werden die Pläne der Unternehmer an unserer Festigkeit kläglich scheitern. Deshalb, Kollegen, werdet hart! *klief.*

Aus den Sektionen.

Meißen. Es ist notwendig, einmal auf die Meißner Blechindustriewerke hinzuweisen. Besondere Beachtung verdient der Faktor des Geschäfts, Herr Axt. Dieser Herr ist anscheinend nach preußisch-russischem Muster erzogen worden. »So e' gottverdammter Murks« — »Da kann ich en Sch... plumper hinstellen« — »Sie alte Trandute (oder Schlammätze), halten se ihr'n Schnabel« — »Da konnten se ihre Gusche ooch uffun« usw. usw. Das ist nur eine kleine Blütenlese der von ihm beliebten Ausdrücke. Ist dem Herrn Faktor der Kamm einmal geschwollen, so läßt er auch nicht gleich wieder nach. An Allem hat er etwas auszusetzen. In der gleichen Lage befinden sich freilich auch die Kollegen. So sind z. B. die Oefen viel zu klein und ungenügend; infolgedessen steht der ganze Maschinenaal oft voll Horden, sodaß man sich kaum umdrehen kann. Wie in einem Bergwerk ist es hier; tief unten im Keller sind die Oefen. Hitze und Gestank steigen nun durch den Fahrstuhl-schacht in den Maschinenaal, wo es dann oft kaum zum aushalten ist. Fenster können nicht aufgemacht werden, da sie nach der Straße zu liegen. Man hat hier schon wunderschöne Sachen erlebt. So ging der Herr Ober einem Maschinenmeister einmal mit beiden Fäusten zu Leibe. Rot wie ein Truthahn schrie er die Worte: »Lump! Sie brauchen garnicht wieder zu kommen!« Sogar bis in die Garderobe reichte die Verfolgung. Doch auch in bezug auf das Drücken der Löhne ist der Faktor leistungsfähig. Er bringt es fertig, Kollegen mit 20 Mk. abzuspeisen; sonst ist es im übrigen schon hoch, wenn er 24 Mk. gibt. Der höchste Lohn ist 30 Mk.; diese Riesensumme erhält aber nur ein Kollege. Das Anbieten von 50 Pfg. Lohnzulage leistete sich der Herr im Beisein seines Vorgesetzten, des Herrn Direktors, als die Gehilfen eine allgemeine Lohnerhöhung forderten. Nur ihm geöhrt der Dank, daß man eingerichtete Leute mit 1 Mk. pro Woche abspeiste. Solche Verhältnisse verwandeln nun das Geschäft in einen sog. Taubenschlag. In den letzten drei Wochen verließen 5 Kollegen von 13 dieses schöne Fleckchen Erde. Hoffentlich laden diese Zellen zu einer Gastrolle nach hier ein.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Aus den Sektionen.

Berlin. Berichtigung zu dem Bericht der Berliner Kupferdrucker-Filiale in Nr. 19 der „Gr. Pr.“: 1. Es ist unklar, daß ich mich der Firma Schneider anbot, nach Feierabend sowie Sonn- und Feiertags für sie extra zu arbeiten; wahr ist vielmehr, daß mich Schneider bat, nachdem er trotz Versprechens keinen Drucker erhalten hatte, ihm auszuhelfen. Diesem Ersuchen bin ich erst nach dreimaliger Wiederholung nachgekommen, als ich sah, daß der Mann sonst seiner Verpflichtung nicht nachkommen konnte. Vier Zeugen können bestätigen, daß Sch. vom Arbeitsnachweis einen Drucker versprochen erhielt. — 2. Unklar ist, daß ich gegen Kollegen wegen geringfügiger Anlässe »förmliche Kessel-treiben« veranstaltete; wahr ist, daß ich, solange ich funktionär war, es als meine Ehrenpflicht gehalten habe, meine Funktionen voll und ganz auszufüllen. — 3. Meinen »wahren Charakter« habe ich dadurch gezeigt, daß ich einem Freund, der mich nicht in der Not fallen ließ, wieder in der Not half.

Jos. Breit, Kupferdr.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachs- und Zeug- und Seidenrucker. Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg Rittergutr. 24.

Eine Tapetenausstellung in Hamburg.

In der Rundschau von Nr. 8 unterrichteten wir unsere Kollegen von dem Plane verschiedener Tapetenfabrikanten und -Händler, im April d. J. in Hamburg eine Tapetenausstellung zu veranstalten. Dabei teilten wir mit, daß ein Ausschuß von Interessenten von der Direktion der Hamburg-Amerikanische bereits ein an der Ferdinandstraße gelegenes Gebäude abgemietet habe, in dem die Ausstellung untergebracht werden sollte. Inzwischen ist dieser Plan verwirklicht worden. Nach der »Papierzeitung« vom 4. Mai wurde die Ausstellung von dem bekannten Hamburger Tapetenfabrikanten Iven durch eine Ansprache eröffnet, in der er als Zweck dieser Veranstaltung bezeichnete, den ästhetischen Geschmack zu heben, die Liebe zum Ornament zu pflegen, ferner den Farbensinn zu bilden und die behagliche Ausgestaltung der Wohnräume zu fördern. Wie schon die Erzeugnisse früherer Zeitepochen zeigen, hat die Kunst hier ein weites Betätigungsfeld gefunden, das aber noch bedeutend erweitert wurde, als man vom Handdruck zum Maschinendruck überging. Kunstbegabte Männer, wie Prof. Behrens, Riemerschmidt, Riese, Hoffmann, Laenger, Walter v. Bronchitsch, Bruno Paul und viele mehr haben dieses Gewerbe aus dem Handwerksmäßigen zur Kunst gehoben, die aber nicht einer Auslese der Bevölkerung, sondern einer breiten Schicht zugänglich ist. Von der Kunst zur Herstellungstechnik übergehend betonte Herr Iven, daß die Herstellung der Musterwalzen für Tapeten, die oft bis 20 Farben aufweisen, ein Kunsthandwerk ersten Ranges sei und von dem Stecher Verständnis der Kunst und der Absichten des Künstlers erwartet. Auch die Ausführung des Druckes erfordere endlich sorgfältige Arbeit im Abgrenzen oder Ueberdruck der Farben. Prof. Dr. Paul Friedlaender in Wien sowie Berliner Fachlehrer haben die Tapete als die gesündeste Wandbekleidung bezeichnet. Ueber Wert und Wirkung von Tapeten könne man sich beim Rundgange überzeugen, denn das ganze Haus sei mit Tapeten ausgekleidet. Dadurch lasse sich besser als durch Beschichtung der Tapete in Rollen deren Wert erkennen. Wenn man sich von der künstlerischen Kulturmission der Tapete überzeugt habe, dann wolle man auch eingedenk sein, daß es sich um eine hochentwickelte deutsche Industrie und ein leistungsfähiges Handelsgewerbe handele, denn in Deutschland gibt es 70 Tapetenfabriken, 4000 Tapetenhändler, 135 Formstechereien und etwa 20000 Raumkünstler und Dekorateurs und gegen 500 Musterzeichner. Die Hunderte von Formstechern und Tapetenruckern, von denen Herr Iven zuerst »Verständnis der Kunst und der Absichten des Künstlers« sowie »unendlich sorgfältige Arbeit im Abgrenzen oder Ueberdruck der Farben« forderte, ließ er, wie es scheint, an dieser Stelle unerwähnt. Ueber die Ausstellung selbst berichtet die »Papierzeitung«: Im ersten Geschoß befindet sich der Versammlungsraum, der mit hochkünstlerischen Handdrucktapeten früherer Zeiten sowie Velours- und Lederpreßtapeten ausgekleidet ist. Diese sind vom Museum für Hamburgs Geschichte und vom Hamburg Kunstgewerbe-Museum auf Anregung des Herrn Professor Brinckmann hergeliehen worden. Auch gut erhaltene Holzformen für Handdruck sind zu sehen. In einem Verbindungsraum kann man die künstlerisch entworfenen Borten der Professoren Behrens und Pfeil bewundern. In weiteren Zimmern

dieses Geschosses sind Zimmer in französischer Art aber mit deutschen Inrarin-Tapeten und Lincrusta ausgekleidet, die mit Leistenborten abgesetzt sind. Die Zimmer dieses Geschosses sind mit der Auskleidung entsprechenden Möbeln ausgestattet, wodurch einheitliche Gesamtwirkung erzielt wird. Hier wurde ein Herenzimmer mit schwerer Ledertapete bewundert, dessen Sockel eine Filztapete bildet. Es waren 2 weitere Obergeschosse mit je 8 Zimmern, aber ohne Möbelausstattung, ausgekleidet, deren Decken z. T. mit Relieftapeten bezogen waren, wie dies heute bei rechnenden Hausbesitzern üblich ist. Man sah hier unter anderen künstlerischen Tapeten eine Seidenvelours-Tapete, deren Rolle wohl kaum unter 30 Mk. erhältlich ist. Die meisten Tapeten waren waschbar, besonders aber lichteucht, worauf in neuerer Zeit viel Gewicht gelegt wird. Badestuben oder Küchen, welche ein Bespritzen der Wände erlauben lassen, werden jetzt mit Salubra-Tapeten ausgekleidet, die wie Lincrusta abwaschbar und fast unzerstörbar sind. Ganz besonders wurde hier auf sorgfältige Klebung gesehen, die bei den schweren Stoffen wie Lincrusta und Salubra sehr schwierig ist. Das Geschoß zu ebener Erde ist durch einen Hallen-Anbau nach dem Alsterdamn verdreifacht. Auch hier sind einige Zimmer dem Verwendungszwecke und ihrer Lage entsprechend ausgekleidet und ausgestattet. Der Hallen-Anbau zeigt in 3 hellen Gängen zahlreiche Muster gebräuchlicher moderner Tapeten, die so angeordnet sind, daß sie von jeder Seite zur Geltung kommen. Die Badische Anilin- und Sodafabrik zeigt an den Außenseiten eines Pavillons die Lichteinheit ihrer Tapetenfarben, die 3 Monate stark belichtet waren und gegenüber den unbelichteten Teilen keinen Unterschied aufwiesen. Unterschiede zeigen sich aber sehr stark bei so behandelten Tapeten mit nicht lichteuchten Farben. Diese großen Unterschiede machen es begreiflich, daß das Publikum sich zum Teil von der Tapete abwendete und zur Dekorationsmalerei überging.

Die Ausstellung enthält auch eine Tapetendruckmaschine der Druckmaschinenwerke Altona G. m. b. H. Sie befindet sich in der rechten Seitenhalle des Anbaues und wird im Betrieb gezeigt.

Ob die Ausstellung den von Herrn Iven bei der Eröffnung betonten Zweck zu erfüllen vermag, muß abgewartet werden.

Aus den Sektionen.

Altona-Ottensen (Formst. u. Tapetenr.). In unserer Monatsversammlung am 13. Mai hielt Kollege Ulrich-Hamburg einen fast einstündigen von den Versammelten zeitig aufgenommenen Vortrag über das in letzter Zeit häufig erörterte Thema »Massen und Führer«. Der Kartellbericht, der hierauf gegeben wurde, behandelte ausschließlich den augenblicklich in Hamburg-Altona geführten Streik der Bäcker, die zum Teil noch unter sehr verbesserungsbedürftigen Verhältnissen und überlanger Arbeitszeit tätig sein müssen. Um sie in ihrem Kampfe zu unterstützen, wurden die Kollegen aufgefordert, die Backwaren der nicht geregelten Betriebe — es kommen hauptsächlich vier größere Brotfabriken in Betracht — nicht zu kaufen. Ebenso wies man im Laufe der Diskussion auf die drohende Besteuerung der Konsumvereine in Hamburg hin. 150000 Mk. denkt Hamburg aus dieser Steuer herauszuholen, wenn es die Zustimmung der gesetzlichen Körperschaften findet. Dieses Vorgehen, das den Wünschen aller Mittelstandsretter und natürlich auch der vielen kleinen Händler ganz entspricht, muß erst recht jeden Kollegen, der bisher diesem Teil der Arbeiterbewegung noch ferngeblieben ist, zum Erwerb der Mitgliedschaft bestimmen. Zum Schluß kritisierten mehrere Kollegen das häufige Fehlen und auch das späte Erscheinen einzelner Mitglieder in den Versammlungen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die dadurch angeregte Aussprache eine Besserung veranlassen würde.

Berlin (Formst.). Am 6. Mai fand unsere regelmäßige Monatsversammlung statt. Ein Rückblick auf die diesjährige Malfreise ergab, daß alle Hausstechereien durch Arbeitsruhe den 1. Mai feierten. — Nach einer am 1. April vorgenommenen Lohnkontrolle betrug in Berlin der Höchstlohn für Aufzeichner 41,84 Mk. und für Stecher 36,18 Mk., der Mindestlohn 24,85 Mk. und der Durchschnittslohn 33,57 Mk. Der Mindest- und der Durchschnittslohn ist gegen das Vorjahr gestiegen. — Es wurde im allgemeinen bedauert, daß zu wenig Ortsberichte von auswärtigen Filialen in unsere Presse kommen; dadurch wird etwas von den in Betracht kommenden Filialen versäumt, was zur Aufklärung der Kollegen über die Ortsverhältnisse beitragen würde. Hauptsächlich würde die Veröffentlichung von Verstößen unserer Unternehmer, die in bezug auf die berühmte Arbeitsordnung gemacht werden, von Interesse für die Öffentlichkeit sein. In Berlin ist man für die Meinung, daß man bei vorkommenden Fällen bloß handeln müsse. — Weiter wurde auch auf die politischen Vorgänge, und zwar auf das Krankenversicherungsgesetz hingewiesen, dessen Gestaltung von Interesse für jeden Arbeiter sein müsse. Jeder organisierte Kollege müsse darum Protest erheben gegen die Entrechtungspläne der bürgerlichen Parteien und sich verpflichten, die Massen mit aufzuklären, was am besten möglich sei, wenn jeder Kollege tatkräftig für die Verbreitung der politischen Tagespresse der Arbeiterschaft wirkt.

Köln (Formst.). Unsere letzte Sektionsversammlung beschäftigte sich mit der Heimarbeiterfrage in unserm Berufe. Nachdem die Firma Hiedemann im vorigen Jahre sämtliche Heimarbeiter entlassen hat, züchten nunmehr die kleineren Firmen diese Elemente. Alle Sorten Heimschuster werden heute unterhalten. Hier findet der Egoist, der auf der Bude nicht genug verdienen kann, weil ihm die Arbeitszeit zu »kurz« ist, reichliche Beschäftigung. Der »Kaufmann oder Restaurateur«, der in seinem »Betriebe« nicht genug beschäftigt ist, greift zur Heimarbeit. Andere, sich selbstständig nennende Hausschuster, die vielleicht augenblicklich vom Fabrikanten keinen »Auftrag« erhalten können, werden von diesen Firmen bereitwillig mit Arbeit versehen; ja selbst Kollegen anderer Buden suchen bei Nacht und Nebel die Wohnung des »Prinzipsals« auf, um ein Wälzchen zu erhaschen und ihrer liebevollen wunden Feierabendarbeit nicht entsagen zu müssen. Besonders wird lebhaft Klage über das Geschäft von Andreas Zimmermann geführt, wo so ziemlich alle angeführten Sorten von Heimschustern zu finden sind. Gestützt auf diese Elemente macht dann auch Herr Z. aus seiner Gegnerschaft gegen unsere Organisation und die organisierten Kollegen kein Hehl, obwohl der Mann gerade den organisierten Kollegen in mancher Hinsicht zu Dank verpflichtet wäre. Bezüglich dieser Frage waren die Kollegen der Ansicht, die Sache nicht allzu ernst zu nehmen. Organisationsfragen werden ja im Allgemeinen auch bei uns nicht mehr vom Unternehmer diktiert, sondern von dem Willen und der Energie der Gehilfen. Auch bei Herrn L. resp. gerade bei ihm dürfte dieses zutreffen. Die Heimarbeit in ihrer heutigen Ausdehnung wurde von allen Kollegen als ein Krebsgeschwür in unserem Berufe bezeichnet, der geeignet ist, die Lage unseres Gewerbes noch weiter zu verschlechtern. Mit aller Entschiedenheit soll darnach getrachtet werden, diesem Uebel wenn möglich auf der ganzen Linie entgegenzutreten. Jeder ehrliche Unternehmer kann nur damit einverstanden sein.

Feuilleton.

Graphische Kunst auf der internationalen Reiseausstellung.

Wer mit der Berliner Stadtbahn etwa aus dem östlichsten Osten, der Frankfurter Allee, nach dem Westen fährt und am Bahnhof Zoologischer Garten — Zoo kürzt der Berliner ab — aussteigt, der befindet sich in einer neuen Welt, der Welt des Luxus, der Pracht, der Eleganz, der übertriebenen Mode von morgen, kurz in der Welt des — Mehrwertes. Alle diese Menschen sehen durchaus nicht so aus als ob sie sich in ihrem materiellen Ueberfluß langweilten. Im Gegenteil, heiter, sorglos, lachend, scherzend, kokettierend, flirtend, so zieht diese Menschheit an uns vorüber. Die Vorbedingungen irdischer Glückseligkeit, materielle Unabhängigkeit, sind bei ihr erfüllt. In eine solche Welt des Reichtums paßt nun ganz und gar eine Ausstellung hinein, die in den Ausstellungshallen im Zoologischen Garten seit einigen Wochen eine unveränderte Anziehungskraft ausübt: die Internationale Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr. Das Eintrittsgeld beträgt eine Reichsmark, womit schon angezeigt ist, daß dieses Vergnügen nichts für den »kleinen Mann« ist. Aus dieser und mancher andern noch zu machenden Bemängelung soll der Leitung der Ausstellung kein Vorwurf entstehen, denn das große Gespenst aller Ausstellungen, das Defizit, steht auch hinter ihr. Immerhin erscheint es außerordentlich befremdlich, daß die sehenswerte Ausstellung nicht wenigstens einen Tag in der Woche, etwa am Sonntag Nachmittag, für 25 Pfg. auch größeren Kreisen der Bevölkerung zugänglich gemacht wird, die an der Bereicherung ihrer Kenntnisse kein geringeres Interesse haben als die wohlhabenden Klassen. Verschmäht es doch selbst der berühmte Berliner Zoologische Garten nicht, seine Schätze an einem Tage des Monats für 25 Pfg. zugänglich zu machen.

Die Internationale Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr, die bis Ende Juni in Berlin geöffnet ist, bietet für den graphischen Interessenten des Wissenswerten jedoch so viel, daß sich ein Besuch wohl lohnt. Man möge das Gute nehmen wo es sich einem bietet! Eine derartige Ausstellung ist überhaupt zum ersten Mal veranstaltet worden und weist begreiflicherweise allerlei Mängel auf, die sich erst bei Wiederholungen beheben lassen. So hat man, jedenfalls um die Sache rentabler zu gestalten, eine Anzahl Firmen als Aussteller zugelassen, die eigentlich mit der Ausstellung wenig zu tun haben. Schnäpse und Liköre, Chokoladen, Herrenzimmer und Salons, Versicherungen und Lotterien, alles das und manches andere hat man einfach zwischen die eigentlichen Ausstellungen eingestreut und dadurch die Uebersichtlichkeit an einzelnen Stellen erheblich gestört. Derartige Mißstände werden aber wohl, solange Ausstellungen nicht um ihrer selbst willen sein können, überall auftreten.

Das weitaus schönste an der ganzen Ausstellung sind die sog. Dioramen. Das Wort heißt eigentlich Durchsichtsbild; erfunden wurden die Dioramen von dem bekannten französischen Maler Daguerre im Jahre 1822. Es ist eine Art beweglicher Land-

schaft, die während des Betrachtens mittels Mechanismen ihren Charakter ändert, so daß zum Beispiel aus einer Sommerlandschaft eine Winterlandschaft wird. In unseren Weihnachtskinderkomödien wie auch in den alten Zauberkomödien findet diese Art der Vergegenständlichung einer künstlerisch-phantastischen Idee noch Verwendung. Das, was wir heute unter Diorama allgemein verstehen, entspricht wiederum ganz und gar dem, was wir ein Bühnenbild nennen. Der Zweck des Bühnenbildes ist ja, möglichst vollkommen die plastische Natur vorzutäuschen. In Gerhard Hauptmanns Schauspiel 'Einsame Menschen', das am Müggelsee in Friedrichshagen spielt, sieht man durch ein Zimmer über eine Terrasse in den Garten und weiterhin auf den See. Zimmer und Terrasse sind plastisch, sind materiell vorhanden, aber nicht der Garten, der nur auf die Leinwand gemalt ist. Aufgabe ist es nun, den Uebergang vom Plastischen zur Fläche so zu verwischen, daß der Zuschauer die Illusion hat, als gingen die Menschen wirklich in einen Garten hinein.

Genau dasselbe Prinzip findet bei den Ausstellungs-Dioramen Anwendung. Nur muß hier viel feiner, viel künstlerischer gearbeitet werden, weil einmal der Schauspieler fehlt und das Bild ganz durch sich wirken muß, und weil zum andern der Beschauer viel näher herankommt als im Theater. Den großartigsten Eindruck macht in der Ausstattung deshalb auch das Diorama der dänischen Ausstellung, das an illusionärer Wirkung ein Meisterwerk ist. Rechts und links vom Beschauer erheben sich mächtige krönige Buchenstämme. Flimmerndes Sonnenlicht scheint darauf zu fallen. Es wird aber erzeugt, indem man die Stämme an einzelnen Stellen ganz dünn bekleidet und dann von innen intensiv gelb beleuchtet. Die Wirkung ist ganz überraschend. Zwischen den Stämmen schlingt sich ein Weg hindurch zum Strand, woselbst in meisterhafter Weise der Uebergang zur Leinwand und damit zum Bild des sonnenbestrahlten Sandes gefunden wird. Im Hintergrund erblickt man das alte Hamlettschloß Kronborg. Alles ist in diesem Diorama auf seine Wirkung berechnet. Dicht daneben befindet sich ein anderes, bei dem weniger die künstlerische als die Reklameabsicht vorherrschend war. Es veranschaulicht die Trajektverbindung zwischen Warnemünde und Gjedser (Dänemark). Hier wird der Beschauer dicht an das Meer herangeführt. Man sieht die grünübermalten Öpseellen vor sich, aber sie vermitteln einem niemals den guten Uebergang zur Fläche. Das Ganze wirkt gequält und unerfreulich. Ein in der verhaltenen Wirkung ganz wunderbares Diorama bietet dann die intime holländische Ausstellung. Man tritt aus dem dämmerigen Dunkel paneellierter und tapezierter Zimmer an das schmale und hohe Fenster, schiebt die schweren Brokatvorhänge beiseite und sieht ein liebliches reizendes Bild zu seinen Füßen, das, weil der Raum zu teuer, nur ein wenig zu nah ist: eine typische niederländische Stadt mit Backsteinhäusern und Orachten, die so sehr an Venedig erinnern, mit Rasenflächen und bunten farbigen Tulpenbeeten. Hinter der hohen Düne weiß man die rauschende See. — Eine Gartenszenarie findet man in der schwedischen Ausstellung. Man glaubt sich dort auf einer Terrasse stehend. Zu Füßen die See und im Hintergrund aus dem

Meer emportauchend Stockholm. Ein anderes Diorama zeigt eine typische schwedische Winterlandschaft. Ein Skiläufer, der sich von einem Pferd den Berg hinaufziehen läßt, und eine Skiläuferin beide blonde Nordlandstypen. Mit drei herrlichen Dioramen ist auch die Schweiz vertreten. Bei dem einen fühlt man sich auf die Rousseau Insel am Genfer See versetzt und sieht rechts und links die von Villen bekränzten Ufer und darüber in weiter Ferne die schneebedeckten Gipfel der Alpen. Im Vordergrund erstreckt sich der See. Ganz ähnlich präsentiert sich ein Diorama vom Zürcher See. Beide, Zürcher wie Genfer See, sind bekanntlich Treffpunkte der internationalen Plutokratie und von dem dabei entfalteten Pomp kann man sich schwerlich einen Begriff machen. Das dritte Diorama führt mitten in die majestätische Hochgebirgswelt hinein, in das Berner Oberland nach Interlaken. Im Hintergrund erheben sich 'Jungfrau', 'Mönch' und 'Finsteraarhorn'. Vorn ist ein winziges Schweizerhäuschen aufgebaut, vor dem ein Mädel den Ankommenden zuwinkt. Technisch befriedigt dieses Diorama weniger; es ist den Künstlern nicht gelungen, den Uebergang aus der (plastischen) Vor-ebene zu den (nur gemalten) Bergen wahrscheinlich zu gestalten. Man sieht zu viel Theaterdekoration.

In künstlerischer, ästhetischer und technischer Hinsicht ganz harmonisch ist jedoch die Braunschweiger Landesausstellung, die nicht weniger als 6 große und 3 kleine Dioramen aufweist. Das Ganze ist in der Form einer der bekannten Höhlen in Ribeland im Harz gehalten. Das erste Diorama zeigt in der reizenden Ausführung von Willi Obronki-Beilin den städtebaulich und kunsthistorisch gleich berühmten Altstadtmarkt zu Braunschweig; ein zweites Diorama von Obronki führt in terrassenähnlich aufgebauten Koulissen eine Ansicht Wolfenbüttels mit der aus den moehroten Dächern aufragenden Marienkirche vor. Tief im Grunde fließt die Oker. Drei andere Dioramen, prächtige Harzlandschaften, hat Heinrich Harder ausgestellt. Das eine ist eine Winterlandschaft bei Braunlage im Harz, das andere das höchst romantische Bad Harzburg, in einem Talkessel gelegen und von amphitheatralisch sich aufbauenden Bergen eingeschlossen; das dritte, Blankenburg am Harz, rechts auf der Höhe die berühmte Ruine Blankenstein, links der Blick in das weite gestreckte Tal. Das schönste Stück ist jedoch eine Weserlandschaft: im Grunde die Weser und drüben langsam ansteigend der herbstlich-rote Wald in kräftiger Farbgebung und brillanter Beleuchtung.

Das Großherzogtum Hessen stellt einen allerliebsten kleinen Rundtempel mit je 5 kleinen, aber gut wirkenden Dioramen aus. Auf der einen Seite Ansichten von Gießen, Worms, Darmstadt, Mainz und Bingen, auf der andern die hochberühmte Bergstraße mit ihren malerischen, im Blütenstempel prangenden Dörfern und Städtchen. Sachsen ist mit zwei riesigen Dioramen vertreten. Das eine natürlich das weltbekannte, aber immer von neuem wirkende Paradiesstück: Dresden von der Elbbrücke aus, das andere eine Partie aus der Sächsischen Schweiz, der Königstein im Hintergrund, und vorn rechts und links ein paar Felsentürme, zum Halsbrechen einladend. Die plastische Wirkung ist hier Nebensache gewesen, die Leinwand die Hauptsache. Die Farben sind fett und pastos hinge-

spachtelt in der fahigen immer etwas breiten Manier der Theatermalerei. In der Entfernung aus dem Parquett macht sich solch Bild sehr hübsch, hier in der Nähe wirkt es eher aufdringlich.

Zwei nette Dioramen hat Würtemberg. Eine Ansicht über das Schieferdächermeer Stuttgarts zu den blauen Bergen des Hintergrundes und eine von der durch Wilhelm Hauff unsterblich gemachten Burg Lichtenstein auf dem schwindligen Fels der schwäbischen Alb. Baden ist mit zwei Dioramen vertreten: eins vom berühmten in 5 Kaskaden fallenden Fröberg-Wasserrat und das andere von der Bäderstadt Baden-Baden. Bei diesem ist die Illusion glänzend gelungen; man meint, man könne den Weg hinabschreiten in das liebliche Tal. Als Kuriosum mag das in 1/3 natürlicher Größe nachgebildete Diorama aus Hagenbecks S'ellinger Park bei Hamburg gelten, das dem überraschten Beschauer die Riesensaurier der Urzeit in ihrer natürlichen Umgebung vorführt. Das schönste unter den deutschen Dioramen aber ist unstreitig das des Riesengebirges in sorgfältigen künstlerischen Abmessungen und Proportionen, dazu in einer Länge von cr. 20 Metern, also ein wahrhaftes Riesengebirgsdiorama.

Vom Büchertisch.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Konsumgenossenschaftsbewegung. Von Heinrich Kaufmann, Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Zweite Auflage. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co., Hamburg. 112 Seiten 84.

Die Schrift ist eine Folge der Stellungnahme des internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen und des Magdeburger Parteitagess der deutschen Sozialdemokratie zur Genossenschaftsbewegung. Sie entstand in der Diskussion über die Kundgebungen dieser Tagungen in Form einer Artikelserie, die Ende 1910 in der 'Konsumgenossenschaftlichen Rundschau' erschien und die der Verfasser sodann auf vielseitigen Wunsch in Broschürenform herausgegeben hat. Heinrich Kaufmann präzisiert nach einer Würdigung der Stellung der politischen Parteien zur Genossenschaftsbewegung die Forderungen der Sozialdemokratie an die Konsumgenossenschaftsbewegung und die Entwicklungsnotwendigkeiten und programmatischen Forderungen der letzteren, um dann die Forderungen der Sozialdemokratie mit den konsumgenossenschaftlichen Entwicklungstendenzen zu vergleichen. Ferner bespricht er die Wandlungen in den Anschauungen der Sozialdemokratie über die Konsumgenossenschaftsbewegung und über den Begriff 'Klassenkampf', um nach einer Abhandlung über 'Konsumgenossenschaftsbewegung und Klassenkampf' im Schlußkapitel die Notwendigkeit der politischen Neutralität der Konsumgenossenschaftsbewegung nachdrücklich zu betonen. Das Buch wird in manchen Kreisen des organisierten Proletariats auf Widerspruch stoßen. Das kann aber kein Hinderungsgrund sein, ihm das Interesse entgegenzubringen, das es nach seinem ganzen Inhalt und Gehalt beanspruchen darf.

ph.

ROCKE'S HERMINOL übertrifft alle TROCKENMITTEL
Generalvertrieb durch **HÄASE & KAISER, Leipzig**

Alle Zuschriften und Geldsendungen, die Insertion betreffend, sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

Stellenangebote
Tüchtiger Positiv-Retuscheur für die Retusche von Maschinen und kunstgewerblichen Gegenständen, zu möglichst sofortigen Antritt gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen erbitlen.
Krey und Sommerlad, 300
Niedersedlitz-Dresden.

la. Pos.-Retuscheur verlangt sofort
Dr. Sells & Co., Berlin, 210
Belle-Alliancestr. 92. Nur allererste Kräfte wollen sich melden.

Tüchtigen Kupferdrucker große Presse (Schwarzdruck) verlangt sofort oder später
Wilhelm Lindner, Berlin, 240
Hollmannstraße 22.

Mehrere tüchtige **Messingstecher** werben durch den Nachweis gesucht.
L. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 74.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Photomechanische Verfahren Entwurf und Werkstatt-Ausbildung Prospekte frei. Kunstgewerbeschul. Barmen

Chiffre-Insertate finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr.
Die Expedition.

Verchiedenes
1,65 **„Matt-Lack“.** Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen und Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,— gegen Nachnahme.
F. Hanke, Maschinenmeister, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60.

Kleine Druckerei-Einrichtungen fachmänn. zusammengest., billig., **Alexander Grube, Leipzig 4,** Talstraße.

Arbeits-Räume für Chemigraph. Anstalt mit schön. Atelier, Wasserleitung, elektr. Licht etc., nahe Leipzigs zu verm. Offerten unter **„Atelier“** an die Exped. d. „Gr. Pr.“
Wer liefert gegen hohe Vergütung Adressen aus Freundes- u. Bekann- tenkreisen? Zuschrift a.d. Versand- haus **H. Gutbier, Berlin W 50.** erb.

Fachliteratur.
Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Alois Senefelder und die Ent- findung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.
Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Welland. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Technischer Ratgeber für die Fabrikation von bedruckten Blechemballagen und Plakaten. Von H. Bucher. Preis inkl. Porto 2,10 Mk Zu beziehen durch **Conr. Müller, Schkeuditz.**

Verbandsnachrichten
Bekanntgabe!
In der Firma **M. Schulz, Prag VII** wird ein Oberlithograph für Photochrom, mehrere tüchtige Photochromlithographen und ein tüchtiger Positiv-Retuscheur für Auto und Photochrom per sofort gesucht. Auskunft erteilt für die Ortgruppenleitung **Rud. Häring, Prag VII, 268.**

Wir ersuchen die Vorstände und Kollegen höflichst, uns den Aufenthalt und die Adressen der Kollegen
Fritz Ostermann, Steindr., Straßburg, B.-N. 21794 und **Arthur Kretschmer,** Steindr., Hirschberg i. Schl. mitzuteilen.
Lithographia Winterthur.

Warne Kollegen und Mitgliedschaften vor einem unorganisierten Chemigraphen der wahrscheinlich
Robert Narfolk heißt. Sein Trick besteht darin, Ver- waltungen zu besuchen und unter dem Schwindel mit Verwandtschaften auf be- kannte Kollegen zu prahlen, Unter- stützungen zu erheben. Zuschriften an mich bestätigen, daß er dieses Manöver auch schon anderweitig gemacht hat.
Carl Hensel, Neu-Isenburg, Poststr. 70.